

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 41 vom 14. Oktober 1983

17. Jahrgang

1 DM

## Kein Recht...

... das Steuergeheimnis zu lüften habe der Untersuchungsausschuß des Bundestages zum Bestechungsfall Flick. So wurde es Ende der letzten Woche von verschiedenen juristischen „Experten“ betont.

Und in der Tat, die Wahrscheinlichkeit, daß sie Recht haben, ist groß. Recht haben insofern, als es durchaus wahrscheinlich erscheint, daß die bestehenden Gesetze so sind, daß Bestechungsaffären, und seien sie noch so großen Ausmaßes, durch das Steuergeheimnis gedeckt sind.

Was ja aber ziemlich direkt die Frage aufwirft, was denn das wohl für Gesetze sind, die dazu dienen, korrupte Politiker und die rechten Schwindler zu decken. Wenn man sich vorstellt, daß wegen Schwarzfahren oder Nahrungsmittelklau in Supermärkten schon Haftstrafen von über einem Jahr verhängt worden sind, und sich dann dazu vorstellt, wie lange es nun schon her ist, daß man über diese Bestechungsaffäre weiß und daß ein Lambsdorff immer noch als Minister rumreist, und wie es den Beamten erging, die es wagten, das aufzudecken, dann kann nur ein Wort das alles ausdrücken: Klassenjustiz. Die Justiz im Dienste der Reichen tritt hier überdeutlich hervor.

## Waffenhändler

Mit französischen Raketen wurde bereits beim imperialistischen Überfall Englands auf Argentinien ein englisches Schiff versenkt. Mit französischen Waffen kämpfen unter anderem die Söldner des Verbrechers Mobutu im Tschad. Und jetzt der neueste Clou, der ganz moderne Golfkrieg, der Irak mit französischen Flugzeugen und Raketen.

Es ist schon erstaunlich, wie rege tätig die französischen Waffenhändler, Nummer drei dieser berüchtigten internationalen Rangliste hinter den USA und der UdSSR, überall auf der Welt sind. Und während verschiedenste Linke in Europa während des französischen Interventionsabenteuers im Tschad noch über eine angebliche „sozialistische Afrikapolitik“ debattierten, so können sie sich jetzt vielleicht den Kopf zerbrechen über eine „sozialistische Golfpolitik“?

## BRD-Friedenswoche

# Keine neuen Raketen! Weg mit dem Doppelbeschluß! Raus aus der NATO!

Die bundesweite Friedenswoche ist der Höhepunkt des Widerstandes gegen neue amerikanische Raketen auf dem Gebiet der BRD. Wie immer auch die sonstigen Ansichten sein mögen — in einem sind sich alle Teilnehmer und mit ihnen unzählige andere Menschen, die Mehrheit der Bevölkerung offensichtlich, einig: Pershing II und Cruise Missiles dürfen nicht stationiert werden. Die Bundesregierung muß gezwungen werden, ihre Zustimmung zurückzuziehen, sie kann nur alleine der Adressat aller Aktionen sein.

Allgemeine Appelle zur „Abrüstung“ nützen da erst mal herzlich wenig, auf so etwas können sich alle Hochrüster stets einlassen, weil sie das nie bindet. Ohne zu fragen, was sonst passiert, denn auf Weltebene oder in anderen Staaten können wir so wieso nichts machen, muß für die Bundesrepublik der Raketenstopp gefordert werden.

Wenn heute, da sie keinen Kanzler mehr zu stützen haben, auch die große Mehrheit der SPD-Landesverbände sich endlich durchringt, gegen den Willen ihrer Parteiführung, die auf Abwarten plädiert, gegen die sogenannte Nachrüstung zu sein, dann ist dies ebenso ein Schritt nach vorne, wie die Beteiligung der Gewerkschaften. Zahlreiche NATO-Staaten führen Krieg. Ob letztes Jahr England auf den fernen Malvinen-Inseln, dieses Jahr Frankreich im Tschad oder jetzt US-Truppen in Mittelamerika oder auch im Libanon: solche Kriege sind bereits Alltag.

So rückt ein großer Krieg

heran, der die Fortsetzung einer solchen imperialistischen Kriegspolitik wäre. Deshalb hat unsere Partei seit Jahren die Forderung erhoben, daß die BRD aus der NATO austreten muß, sich von den Washingtoner Kriegspolitikern absetzen und auch denjenigen im eigenen Land, den bundesdeutschen Kapitalisten und Rüstungsgewinn-



lern, die sich von einem Krieg Gewinn versprechen, einen Strich durch die Rechnung zu machen. Eine Forderung, mit der die KPD heute längst nicht

mehr allein steht. Eine Forderung, die nicht im mindesten dadurch eingeschränkt wird, daß wir die UdSSR keineswegs für eine Friedensmacht halten.

Aber es geht darum, denjenigen in den Arm zu fallen, die hier einen Kriegskurs steuern, und wenn sie noch so sehr lügen, es sei nicht so. Keine neuen Ra-

keten — das würde ihre Pläne durchkreuzen! Austritt aus der NATO — das würde ihre Positionen sehr schwächen! Den Frieden sicherer machen!

## Bonner Kohlerunde im Sinne des Ruhrkohle-Kapitals

# Zechen bleiben gefährdet!

Die verschobene Tagung der „Kohlerunde“ in Bonn dürfte in ihren Ergebnissen die Eigner der Ruhrkohle AG zutiefst befriedigt haben. Diese Ergebnisse sind aber auch ganz im Sinne der seitherigen (Un)Tätigkeit des Vorstandes der IG Bergbau und Energie. Vor allem wurden zwei Beschlüsse gefaßt: Kurzarbeit auf Jahre, ohne Lohnausgleich, auf Kosten der Arbeitslosenversicherung, und die Aufforderung, Stilllegungsmaßnahmen gezielt durchzuführen.

Damit ist alles im Sinne des RAG-Vorstandes gelaufen, der natürlich auch ein Interesse daran hatte und hat, die ganze Sache möglichst in Ruhe über die Bühne zu bringen. Das Kurzarbeitergeld von 68 Prozent wird von der RAG „in eigenem Ermessen“, jedoch unterhalb der fehlenden 32 Prozent des Lohns aufgestockt. Und am 26. Oktober auf der Sitzung des RAG-Vorstandes soll konkret über Stilllegungsmaßnahmen beschlossen werden.

Dabei wurde mehr oder minder offen darüber gesprochen, daß man zunächst eher von der Stilllegung ganzer Zechen abse-

hen wolle, und auf Teilstilllegungen zurückgreifen will. Ein Beschluß, bzw. eine Richtung, die sich die Führung der IGBE sicherlich einmal mehr als einen angeblichen Erfolg anrechnen lassen will.

Nur: Arbeitsplatzabbau wird so nicht verhindert. Und wenn man tatsächlich einen schaumgebremsten Kahlschlag durchziehen will, nach alter sozialdemokratischer Manier, so doch in erster Linie deshalb, weil diese Regierung nicht neben Stahl und Werften noch eine dritte Großbranche in Aufruhr haben will und dafür bereit ist zu zahlen, auch wenn's der eige-

nen Politik widerspricht. Nur: Weniger als seither und ohne irgendwelche Versprechungen über den weiteren Ablauf. So bleibt der Plan, die RAG an die Stromkonzerne zu verschern, den Stoltenberg ausbaldowerte, in Kraft und im Gespräch. Und diese würden den Freifahrtschein für Stilllegungen sicherlich konsequent benutzen.

Die Zechen bleiben also in Gefahr, und wenn die IGBE-Führung jetzt Entwarnung zu signalisieren versucht, so wäre es für die Bergarbeiter das Falscheste, darauf zu reagieren. Anders als die IGBE-Führung reagierten die „Bergarbeiterfrauen“, die am Montagabend in Lünen eine Protestkundgebung mit immerhin 400 Teilnehmern organisierten. Immerhin, weil diese Veranstaltung, wie andere zuvor auch, von der IGBE-Führung boykottiert wurde.



FERNFAHRERSTREIK — an zahlreichen Grenzübergängen führten Blockaden zu langen Staus. „Keine Milch für Berlin“, so lautete die Überschrift der Bildzeitung zu ihrem Bericht über die Kampfaktionen. Und damit wurde auch der Ton der allgemeinen Hetze angegeben. (Siehe Bericht Seite 4)

## Wer gegen Sozialpartnerschaft ist — soll Gewerkschaftsfeind sein?

Am Montagabend fand in München, am Rande des IGM-Gewerkschaftstages eine Veranstaltung gewerkschaftlicher Aktivisten statt, die vom IGM-Vorsitzenden Eugen Loderer ausdrücklich als „gewerkschaftsfeindlich“ bezeichnet wurde. Auf die Delegierten wurde dabei zum Teil sogar regelrecht Druck ausgeübt, nicht dahin zu gehen. Die speziellen Tagungen einzelner Bezirke, wie zum Beispiel Hamburgs, wurden auf den Montag verlegt.

Der diese Veranstaltung tragende Kreis war eindeutig: Von den Bremer Werften, den Frankfurter Metallbetrieben VDM und Rockwell-Golde, von AEG Westberlin, und von Videocolor.

Kurzum: Es waren die „Besetzer“, die diese Veranstaltung nicht zuletzt deshalb organisiert hatten, um für ihre Initiativtrage an den Gewerkschaftstag zu werben. Anträge, die im Geiste ihres Aufrufs abgefaßt waren, daß einer Wende in Bonn nur mit einer Wende der Gewerkschaftsarbeit begegnet werden kann.

Und es war natürlich eine Art Tribunal gegen die Politik der Sozialpartnerschaft, die der IGM-Vorstand nach wie vor steuert und steuern will.

Im Zentrum der Veranstaltung standen sowohl die vier Punkte des offenen Briefes (Erweiterung der bisherigen „legalen“ Kampfformen, Verstaatlichungsforderungen, Organisierung der Arbeitslosen und 35-Studen-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich) als auch die Erfahrungen, die die Veranstalter und die Belegschaften der Betriebe aus denen sie kommen mit der Führung der IG Metall gemacht haben — schlechte Erfahrungen, wie sehr deutlich wurde.

„Bist Du hier, um an dieser gewerkschaftsfeindlichen Veranstaltung teilzunehmen?“, so begrüßte ein Bremer Delegierter den (Nicht-Delegierten) Betriebsratsvorsitzenden der AG Weser, Hans Ziegenfuß, als dieser in den Konferenzsaal kam. Das zeigt, wie hier gehetzt wird, um eine inhaltliche Auseinandersetzung zu verhindern. Je mehr Belegschaften und ihre Vertreter aber durch die Entwicklung in den Kampf gedrängt werden, desto schroffer sichtbar wird der Widerspruch zwischen ihren Interessen und dem Kurs des Vorstandes werden.

## Das Attentat von Birma traf blutige Diktatoren

Vier Minister und elf weitere Angehörige der südkoreanischen Regierungsdelegation, die in der birmanischen Hauptstadt Rangun auf Staatsbesuch weilten, wurden Opfer eines Bombenattentats. Der „Präsident“ Chun brach daraufhin seinen Staatsbesuch und die anschließend geplante Weiterreise ab und beschuldigte in Seoul die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea, Hintermann des Attentats zu sein. Die bundesdeutsche Presse machte sich bei diesem Vorgang zum Lautsprecher Chuns, den man plötzlich als einen fast liberalen Präsidenten bezeichnete.

Es ist schon erstaunlich, wie stark hier auf die Vergeblichkeit der Menschen abgezielt wird, wenn selbst die sogenannte linksliberale Presse einen Mann wie Chun, stramm nach dem Text der Nachrichtenagenturen als einen Mann bezeichnet, der das Regime liberalisieren wolle.

Tatsache ist, daß dieser sogenannte Präsident, der sich mit Hilfe der im Lande stationierten US-Truppen an die Macht putschte und den Volksaufstand von Kwangju im Blut erstickte, nichts anderes ist als ein Massenmörder. Und wenn auf ihn und seine Mannen ein Attentat ausgeführt wird, so muß dies, was immer man auch von Attentaten an sich halten mag, als ein Ausdruck des wieder breiter werdenden Widerstandes gegen sein Regime verstanden werden — nicht umsonst die sofortige Heimreise.

Seine Beschuldigung gegen

die DVR Korea ist das altbewährte Muster: An allem, was den südkoreanischen Diktatoren von Washingtons Gnaden passiert muß Nordkorea schuld sein, so war das schon immer. Nur, daß es diesmal einen Ton aggressiver wird, daß Mordanschlag und Rache gesagt werden, daß weltweit einheitliche Meldungen verbreitet werden, in denen dies in übelster Weise kolportiert wird.

Es ist bestimmt nicht besonders vermessend, nun darauf zu warten, daß in Washington laut darüber nachgedacht werden wird (oder es leise bereits geschehen wird), die amerikanischen Truppen in Südkorea weiter zu verstärken, das ist der Sinn des Ganzen.

Nicht umsonst gab es bereits am Tage darauf in einigen asiatischen Städten Demonstrationen unter der ebenso alten wie gerechten Forderung „Amis raus aus Südkorea“.

# Auf zu den Volksversammlungen für den Frieden!

Das soll am 22. 10. ablaufen:

## Volksversammlung in Bonn

SIE beginnt am 22. Oktober um 10 Uhr mit zwei großen Aktionen: Einer Umzingelung des Regierungsviertels, die um fünf vor zwölf symbolisch für fünf Minuten geschlossen wird, und einem Stern von Menschenketten, der die Botschaften der Atomkräfte in Bad Godesberg verbindet.

10 Uhr: Beginn auf den Plätzen in der Bonner Innenstadt der Foren der Widerstandstage und sozialen Gruppen. Dabei werden die Aktivitäten der Widerstandswoche wiedergegeben.

Um fünf vor zwölf werden für fünf Minuten Autos hupen, Töpfe geschlagen, Kirchenglocken geläutet.

14 Uhr: Die Abschlussskundgebung im Hofgarten wird auf die anderen Plätze übertragen. Danach werden die Foren bis 18 Uhr ihr Programm weiterführen. Am Vorabend

kommt es in Bonn zu einer „Friedensnacht“. Kontaktadresse: Koordinationsausschuß Herbstaktion, Estermannstr. 179, Tel.: (0228) 678231.

## Volksversammlung Stuttgart/Neu-Ulm

DIE Widerstandsaktionen in Süddeutschland sehen vor: Volksversammlung für den Frieden, Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm, gewaltfreie Blockade der Wiley-Barracks in Neu-Ulm, Kundgebungen in Stuttgart und Neu-Ulm.

9 Uhr: Die Menschenkette morgens zwischen Stuttgart und Neu-Ulm (108 km) beginnt mit Kundgebungen in 25 Orten der Strecke. Die Teilnehmer finden sich an Sammelorten entlang der B 10 ein.

16 Uhr: Die Sternmärsche und Abschlussskundgebungen in beiden Städten stehen unter dem Motto: „Überhört es nicht“ — in Stuttgart auf dem Schloßplatz, in Neu-Ulm

auf dem Volksfestplatz in Sichtweite der Wiley-Barracks, geplanter Stationierungsort der Pershing II.

Kontaktadresse: Aktionsbüro Herbst '83, Schloßstr. 79, 7000 Stuttgart 1, Tel.: (0711) 618767.

## Volksversammlung Hamburg

SIE beginnt am Freitag, 21. Oktober, ab 12 Uhr. Die Friedensbewegung dekoriert die Stadt mit Friedenssymbolen und macht Aktionen in den Stadtteilen. Um 13 Uhr beginnt die Blockade der Führungsakademie der Bundeswehr, eine Aktion zur Solidarität mit El Salvador, eine Friedensfahrt auf der Elbe, Mahnwachen und Kundgebungen vor Rüstungsbetrieben, Mahnwache am Gedenkstein auf der Moorheide, dem früheren Sammelplatz zur Deportation der Juden in die Vernichtungslager.

22. Oktober, fünf vor zwölf: die

Sternmärsche starten. Eine Demonstrationsroute führt über den Hafen, wo auf einer Kundgebung Stopp des Rüstungsexports und die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die Rüstung im Mittelpunkt stehen.

14 Uhr: Großkundgebung auf dem Rathausmarkt.

Kontaktadresse: Hamburger Friedenskoordination, Jungfrauen-tal 16, Tel.: (040) 476321.

## Volksversammlung Westberlin

DIE Westberliner Volksversammlung für den Frieden zieht am 22. Oktober von verschiedenen Treffpunkten zum Versammlungsort. Es sprechen u.a. Vertreter der amerikanischen, englischen und französischen Friedensbewegung.

Kontaktadresse: Aktionsbüro Friedenswoche, Carmenstr. 11, Tel.: (030) 3132039.

Macht. Mit der Tendenz zum Kriege. Aber die akute Kriegsgefahr wäre gemildert — und die Arbeiterklasse stünde wesentlich besser dar als heute, hätte sich auch bessere Ausgangspositionen für den Kampf um ihre weitergehenden Ziele geschaffen, die wir natürlich nicht aus dem Auge verlieren.

Wir Kommunisten kämpfen ehrlich für den Frieden. Dem steht nicht gegenüber, daß dieser Frieden für uns nicht alles ist. Wir kämpfen für die Arbeitermacht, für die Revolution, den Sturz der Kapitalistenklasse und den Sozialismus auch deshalb, weil eine endgültige Sicherung des Friedens erst dann erreicht sein kann, wenn es niemanden mehr gibt, der ein materielles Interesse an Kriegen hat. Wenn es keine Kapitalisten, keinen Imperialismus mehr gibt.



Ein neutrales Deutschland wäre immer noch eine kapitalistische, eine imperialistische

# Neutralität und Sozialismus

„Raus aus der NATO — Neutralität“ ist eine zentrale Losung unserer Partei im Friedenskampf. Wir sehen es als einen Mangel an, daß so viele engagierte Kräfte die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik gar nicht in Frage stellen oder sogar versuchen, diese Fragestellung aus der aktuellen Diskussion auszuklamern.

Dabei ist das einzige, was uns die NATO wirklich garantiert, daß Deutschland zum Kriegsschauplatz wird. Hier, wo sich die aggressiven Militärblöcke direkt gegenüberstehen, werden Millionen Menschen verbluten, wenn sie nicht die Kriegstreiber stoppen und aus dem Kriegspakt ausbrechen.

Ein neutrales Deutschland, für das unsere Partei in der Bun-

desrepublik und in der DDR eintritt, schon ein neutrales Westdeutschland würde die Militärblöcke auseinanderrücken und die Gefahr für unser Volk verringern, den Frieden sicherer machen. Wir sind unbedingt auch für einseitige Schritte, eben weil ein mehr an Rüstung und ein längeres Verbleiben in der NATO nur die Stunde Null näherücken läßt.

Ein neutrales Deutschland ist nur durch den massenhaften Kampf gegen die Regierung zu erreichen, nur durch die aktive Teilnahme der Arbeiterklasse, nur durch Maßnahmen wie Streiks und Generalstreik zu erreichen. Er müßte eine andere Regierung bringen, die auch nicht einfach eine wie die frühere SPD-Regierung sein könnte.

# Teures Lügenblättchen der Regierung

Während sich in der Oppositionspartei SPD immer mehr Verbände gegen die „Nachrüstung“ der NATO aussprechen, steigert die Bundesregierung ihre Anstrengungen, die Bevölkerung für ihre Rüstungspolitik einzunehmen. Dafür ist ihr auch nichts zu teuer, wie ein neues Propagandaflugblättchen aus dem Bundesinnenministerium beweist. In einer sogenannten „Bürger-Information“ wird unter Zuhilfenahme eines aberwitzigen Schabildes der angebliche Beweis geführt,

daß die gesamte Friedensbewegung in aller Welt von der KPdSU gesteuert sei. Das dreifarbig gedruckte Lügenblatt, das auch als Plakat benutzt werden soll, hat eine Auflage von 200 000, liegt der von der Bundeszentrale für Politische Bildung herausgegebenen Wochenzeitung „Das Parlament“ bei und wird an die Bundes- und Landtagsfraktionen der Parteien versandt. Kostenpunkt: nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung“ 50 000 DM!

Was die Bundesregierung

bei ihrer verlogenen Propaganda natürlich weidlich ausnutzt, ist die Tatsache, daß die DKP bei uns wirklich so tut, als gingen uns überhaupt nur die Ami-Raketen etwas an, als sei die heutige Sowjetunion eine Friedensmacht. So ist auch die Raketengrafik auf dem Titel „Bürger-Information“ zu verstehen. Fazit: Die DKP macht es der Reaktion in dieser Hinsicht zu leicht. Zum Glück gibt es auch noch andere Kräfte in der Friedensbewegung.

Instrumente und Wege kommunistischer Einwirkung auf die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zur Verhinderung der NATO-Nachrüstung



Bürger-Information

## Mitteilung des Präsidiums der gemeinsamen ZK-Vollversammlung von BWK und KPD

Nach der vorgezogenen Bundestagswahl im März 1983 — zu der BWK und KPD das Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten geschlossen hatten — wurde von den ZKs beider Organisationen am 16. 4. ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem festgehalten ist, wie die Zusammenarbeit weitergeführt werden kann. Darin heißt es u.a.: „Die Zentralen Komitees von BWK und KPD sind bereit, die Frage, ob die Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei möglich ist, ernsthaft zu prüfen. BWK und KPD sind unbedingt dafür, das mit möglichst vielen revolutionären sozialistischen Kräften gemeinsam zu tun.“

Um eine Verbesserung ihrer Arbeit auf Grundlage ihrer jeweiligen Programmatik zu erreichen, vereinbaren die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) ...: halbjährlich gemeinsame ZK-Sitzungen, — zum Zweck der Vorbereitung

der gemeinsamen ZK-Sitzungen gemeinsame Projektgruppen einzurichten, — ein gemeinsames Präsidium der ZK-Vollversammlung zu bilden.

Die gemeinsame ZK-Sitzung findet im November 1983 statt, die Ergebnisse der Projektgruppen zu folgenden Themen liegen vor:

- Themenschwerpunkte für die geplante theoretische Zeitung im Hinblick auf Klärung wesentlicher programmatischer Fragen unter Rücksicht auf die von den jeweiligen Organisationen bereits gesetzten Schwerpunkte der theoretischen Arbeit.
- Gemeinsame Erklärung zu der Aufgabenstellung im gewerkschaftlichen Kampf (Lohnsenkung, Intensivierung der Arbeit, Arbeitslosigkeit), wie sie im Herbst aktuell sein wird.
- Gemeinsame Erklärung gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD in der gegenwärtigen Weltlage.

Das gemeinsame Präsidium von BWK und KPD ist übereingekommen, diese Materialien vor der ZK-Sitzung allen Mitgliedern von BWK und KPD zur Verfügung zu stellen; sie an Organisationen zu verschicken, mit denen BWK und/oder KPD zusammenarbeiten. Darüberhinaus können Interessenten die Materialien gegen Erstattung der Portokosten bei BWK oder KPD anfordern.

## Kommentar

In der SPD ist sie schon länger im Gespräch, in der Gewerkschaft auch, in der Friedensbewegung spielt sie zunehmend eine Rolle und sie wurde vor einiger Zeit sozusagen offiziell auch von der DKP übernommen: die Losung „Lieber nachverhandeln als nachrücken“. Ist das der gemeinsame Nenner, auf den die Friedensbewegung sich einigen sollte?

## Nachverhandeln statt Nachrücken?

Nun, wenn man den reinen Wortsinn nimmt, wenn man sagt: Es wird nicht stationiert, man redet weiter miteinander, hieße das natürlich zumindest, daß nach dem offiziellen Schluß der jetzigen Verhandlungsrunde in Genf nicht sofort die ersten Raketen kommen. Das hieße: Zeitgewinn. So weit, so gut. (Obwohl in Frankfurt schon die ersten Raketenstücke liegen sollen...)

Kann man sich aber damit zufriedengeben?

Um diese Frage zu beantworten, muß man sich die Sache schon etwas gründlicher ansehen. Und zu dem Schluß kommen: Das kann unsere Orientierung nicht sein.

Zum einen: Wer sitzt in Genf am Tisch? Es sind nach wie vor die Vertreter der beiden imperialistischen Supermächte, die Chefs der Militärorganisationen NATO und Warschauer Pakt, die schon seit Jahren an allen möglichen Tischen sitzen und über diesen und jenen Abrüstungsschritt verhandeln. Herausgekommen ist eine anhaltende Aufrüstung auf beiden Seiten. Die USA haben während dieser Zeit ihre atomare Erstschlagswaffe produziert, die jetzt bei uns stationiert werden soll, die Sowjets haben ihre Atomwaffensysteme vervollkommen, beide Seiten waren in verschiedenen Regionen in verschiedene Kriege verwickelt und sind es weiter. Sie sind nicht einem unkontrollierbaren Rüstungswettlauf unterworfen, der einer sich quasi selbsttätig drehenden Rüstungsspirale entspringt, sondern sie ringen um die Weltherrschaft. Sie drehen die Spirale. Wobei die Amis unverkennbar zur Zeit einen gewissen Vorsprung haben, was das unterschiedliche Auftreten der beiden Mächte erklärt. Die Amis sind es, die die aktuellen Weltkriegsvorbereitungen forcieren und deshalb im Moment alle entgegenkommenden Angebote der UdSSR abschmettern.

Die Behauptung der SPD-Führung, früher sei ihr Ja zur „Nachrüstung“ berechtigt gewesen, heute sähe das aufgrund der Entwicklung in Amerika und gewisser anderer Umstände vollständig anders aus, ist im wesentlichen falsch und der Versuch, reaktionäre Positionen zu retten.

Es kann auch nicht Orientierung sein, die Bundesregierung als NATO-Mitglied aufzufordern, mäßigend auf die USA zu wirken und ihre Verhandlungsbereitschaft zu fördern, (wie dies sinngemäß schon in der „Krefelder Erklärung“ gefordert wurde). Hier werden wiederum die Hintergründe verkannt. Die NATO ist ein Kriegsblock, und die Bundesrepublik macht dort mit, weil sie sich nur dadurch die Möglichkeit verspricht, ihre eigenen Kriegsziele verwirklichen zu können. Zum Beispiel die nie aufgegebenen Revanche gegen Osten. Dieser Wille, den maßgeblichen Kräfte der Friedensbewegung ganz ignorieren oder abstreiten, bestimmte bisher das Handeln jeder Bundesregierung. Von den Sozialdemokraten ist deshalb nicht die vielzitierte und trübselig begründete Kontinuität, sondern ein wirklicher Bruch zu fordern. Daß das mittlerweile teilweise auch in der SPD geschieht, ist mit der positivsten Aspekt an der aktuellen Entwicklung dort.

Die Verhandlungen sichern uns nicht den Frieden, und wenn eine Partei wie die DKP mit kommunistischem Anspruch das behauptet, schadet sie dem Friedenskampf. Sie versucht sich zum einen (auch mit der Übernahme der „Nachverhandeln“-Parole) bei der SPD anzubiedern, zum anderen ist ihr Spielraum begrenzt, weil sie immer die Position vertreten muß, es gelte die Verhandlungsposition der UdSSR, die sie als Friedensmacht bezeichnet, in Genf zu stärken. Sonst ginge ihr viel von ihrer materiellen Existenzgrundlage flöten.

Es bleibt die Tatsache bestehen: Solange wir auf Verhandlungen hoffen, machen wir uns selbst wehrlos. Vor allem, solange wir als Bundesdeutsche im NATO-Bündnis bleiben, wird mit uns Krieg gemacht und bei uns. Das ist die „Friedensgarantie“ der NATO. Da müssen wir endlich raus. Sonst werden wir in Genf und überall verschachert, ob es nun einige Monate mehr oder weniger dauert, ist dabei unwesentlich.

Dietrich Lohse

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

# „Wenn ein ‚Kippen‘ dieser Wohngegend verhindert werden soll ...“

Ausländerpolitik mit dem Mittel des Wohnungsbaus • Beispiel: Hoesch / Dortmund

Der Druck auf und die Hetze gegen unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland nimmt mit dem Andauern und der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise immer mehr zu. Wir wollen in diesem Beitrag an einem Beispiel schildern, wie das vor Ort, im Wohnbezirk und im Betrieb aussehen kann — unter anderem aussehen kann, denn es gibt viele und vielfältige Beispiele dafür.

Wir geben einen Einblick in die Wohnungsbau-politik der Hoesch-Werke in Dortmund — einer sozialdemokratischen Bastion in einer sozialdemo-kratistischen Hochburg in einem sozialdemokratisch regierten Bundesland, das in mancher Hinsicht die Zimmermann'sche Politik nicht mitträgt. Und dennoch ...

Es geht um eine Unternehmung, die den schönen Titel „Nachbarschaftsmodell“ trägt und eine „Verbesserung der Wohnverhältnisse für deutsche und ausländische Arbeitnehmer“ in vier Straßen des Dortmunder Nordens verspricht.

Das Titelblatt des Papiers, in dem dieses Modell erläutert wird, ist auf dieser Seite im Fak-simile wiedergegeben. Das Papier war keineswegs für die Veröffentlichung vorgesehen, gelangte aber auf geheimnis-vollen Wegen in die Hände der Deutsch-Ausländischen Freundschaftsinitiative Dort-mund-Nord und wurde von dieser der Öffentlichkeit vorge-stellt.

Auf den ersten Blick wird ein wesentliches Ergebnis der ge-planten Veränderungen deut-lich: Aus 104 Wohnungen werden nach den Umbauarbei-ten 74. Statt bisher 26 Wohnun-gen werden zukünftig 50 an deutsche Mieter vergeben, für Ausländer bleiben statt bisher 78 Wohnungen nur noch 24. Was mit den 54 Ausländer-familien wird, deren Wohnraum „weggeplant“ wird, darüber hüllt man sich vornehm in Schweigen ...

Jedenfalls vermeidet man den direkten Hinweis. In dem Papier wird jedoch kein Zweifel daran gelassen, daß für sie hier buchstäblich kein Platz mehr ist, daß sie Dortmund und

Deutschland zu verlassen ha-ben.

„Ausländer-raus“-Politik mit dem Mittel des Wohnungs-baus.

Die Hoesch-Wohnungs-gesellschaft sieht ihre Maßnahmen als Teil ihrer „Bemühungen, einen Beitrag zur Verbesserung der Wohnverhältnisse im Dort-munder Norden zu leisten“, so schreibt sie, und fährt fort: „Wir sind auch — sofern dies gewünscht wird — bereit, das Ausländerproblem aufzugrei-fen und einen entsprechenden Beitrag zu leisten.“ Jeder nach seinen Möglichkeiten für das offensichtlich gemeinsame Ziel: Soviele Ausländer raus, wie man irgendwie entbehren

kann — entbehren vom Stand-punkt der Kapitalisten aus.

Daraus wird kaum ein Hehl gemacht. In dem Papier selbst heißt es dazu unter anderem, daß „die Verringerung des Aus-länderanteils an der Gesamtbe-völkerung trotz intensiver Be-mühungen eine Langzeitauf-gabe sein dürfte“ und daß in Rechnung gestellt werden müsse die „Tatsache, daß zur Aus-führung bestimmter Arbeiten auch dauerhaft eine bestimmte Anzahl von Ausländern benö-tigt werden (für den Bereich der Hoesch Hüttenwerke AG rech-net man mit einem Dauerbe-stand von etwa 600 türkischen Arbeitnehmern)“ ...

Das hat man also alles schon durchgerechnet. Als Unsicher-heitsfaktor grundsätzlicher Natur bleibt, daß niemand genau sagen kann, was mit der weiteren Entwicklung der Stahl-krise und dem anhaltenden Ar-beitsplatzabbau von Hoesch überhaupt noch übrigbleibt. Eventuell wird man also auch noch weniger als 600 Türken „benötigen“. Auf jeden Fall hat sich inzwischen auch der Auf-sichtsrat des Unternehmens mit der Frage befaßt, wie man sich an den Regierungsplänen zur „Ausländerückführung“ mit zeitlich begrenztem Prämienan-reiz beteiligen könne. Etwaige Ergebnisse dieser angefangenen Diskussion wurden bisher auch über die „Arbeitnehmervertre-ter“ nicht bekannt.

Das Schlimme ist: Die Ab-

Verbesserung der Wohnverhältnisse für deutsche und ausländische Arbeitnehmer in Dortmund, Dürner Straße 64 - 72, Hammer Straße 2, 6, 12, Robertstraße 9 - 15, Dreherstraße 11, 13

|                 |                         |        |
|-----------------|-------------------------|--------|
| Wohnungsanzahl: | vor der Modernisierung  | 104 WE |
|                 | nach der Modernisierung | 74 WE  |
| Aufteilung:     |                         |        |
|                 | Dürner Straße           | 24 WE  |
|                 | Hammer Straße           | 16 WE  |
|                 | Robertstraße            | 18 WE  |
|                 | Dreherstraße            | 16 WE  |
|                 |                         | 74 WE  |

|                              |                 |                     |
|------------------------------|-----------------|---------------------|
| Vermietungssituation:        | deutsche Mieter | ausländische Mieter |
| vor der Modernisierung       | 78              | 26                  |
| nach der Modernisierung      | 50              | 24                  |
| 74 WE - vorgesehene Belegung | 50              | 24                  |
| ./. 24 WE                    | 26              | 0                   |

Finanzierung und Miete: Unter Berücksichtigung der Förderung mit EGK-Darlehen wird eine Miete von 4,60 DM/qm/mtl. nach Abzug eines Aufwandszuschusses von 1,50 DM/qm/mtl. angestrebt. Ohne EGK-Förderung würde sich eine Ausgangsmiete von 5,62 DM/qm/mtl. ergeben.

Reihenfolge der Modernisierung: Robertstraße/Dreherstraße/Hammer Straße/Dürner Straße

Besonderheiten der Modernisierung in der Dürner Straße: Ausstattung des Duschbades mit Schöpfbecken, Dauerwasserabzug in der Küche.

Dortmund, den 6. Mai 1983

Net/Wo.

sichten der Hoesch-Wohnungs-gesellschaft werden von Be-triebsräten, die für diese An-gelegenheit im Betrieb zustän-dig sind, mitgetragen. Und auch die Ausländerkommission der SPD für den Bereich Innen-stadt/Nord in Dortmund unter-stützt ausdrücklich diese Poli-tik. In einer Sendung des West-deutschen Rundfunks, die sich kürzlich mit dieser Angelegen-heit befaßte, gaben sie dieser Zustimmung Ausdruck.

Die zuständigen Herren von der Wohnungsbaugesellschaft kleiden ihre Absichten in schöne Worte, da ist nicht allein wie bereits zitiert, von einer „Ver-besserung der Wohnsituation“ für alle Bevölkerungsteile die Rede, da spricht man auch von der Absicht, „eine funktionie-rende Koexistenz oder besser noch eine Integration auf der Basis einer harmonischen Nach-

barschaft“ herbeiführen zu wollen. Im Rundfunk wies ein Vertreter der Gesellschaft zu-nächst den Verdacht weit von sich, überhaupt Ausländerpoli-tik machen zu wollen, meinte nach einigem Hin und Her dann aber doch, wenn sich nach Ver-wirklichung der Pläne „eine Verringerung der Ausländerzah-len ergibt, erhöht das noch den Reiz des Modells“.

Und im Papier selbst wird unter wohlklingenden Über-schriften und neben humanen Phrasen die Sprache der Un-menschen gesprochen: Da ist unverblümt von „Überfrem-dung“ die Rede, von „belasteten Bereichen“, von der Gefahr eines „Kippens“ dieser Wohn-gegend“ usw. Vokabeln aus dem Wortschatz der Neonazis.

Fortsetzung im nächsten „Ro-ten Morgen“



## Arbeitsplätze statt Ausländerhetze! Ausländer und Deutsche — gleiche Rechte!

Das Kölner Treffen der Organisationen, die gegen die Ausländerfeindlichkeit und die offizielle Ausländerpolitik der Bundesregierung aktiv sind, verabschiedete einen Aktionsvorschlag. Wir veröffentlichen ihn im folgenden als Anregung für unsere Leser und Initiativen an den einzelnen Orten. Auch für die Volksfront dürfte dies ein wichtiges Feld für die Mitarbeit und eigene Aktionen sein. Wir wünschen uns, daß diese Aktionen möglichst großen Rückhalt im Bundesgebiet und Westberlin finden und einen Schritt voran zum gemeinsamen Widerstand bringen.

Der „Frankfurter Appell“, von dem die Rede ist, war bereits im „Roten Morgen“ veröffent-licht. Er kann bei uns bestellt werden.

Das nächste Koordinierungstreffen findet am 26. und 27. November 1983 in Frankfurt statt. Näheres dazu in den nächsten Ausgaben des „Roten Morgen“.

### Aktionsvorschlag

Im Anschluß an die „Öffentli-che Anklage“ zum Thema „Ausländerpolitik und Men-schenrechtsverletzungen“ im Juni in Frankfurt haben sich am ersten Juliwochenende und jetzt am 24. und 25. September einige Initiativen zusammengesetzt, um eine bundesweite gemeinsa-me Kampagne gegen die Vor-schläge der Bund-Länder-Kom-mission, die voraussichtlich im nächsten Frühjahr verabschie-det werden sollen, anzugehen. Unter dem Motto:

„Arbeitsplätze statt Auslän-derhetze!“

Ausländer und Deutsche — gleiche Rechte!“ wollen wir uns einsetzen gegen

Vertreibung, Existenzvernichtung, Familienzerrüttung und für sicheres Aufenthaltsrecht,

Gleichberechtigung, gesichertes Familienzusammenleben.

Um unserem Protest mehr Nachdruck zu verleihen und die Presse zu mobilisieren, dachten wir daran, im Winter bundes-einheitliche Aktionen durchzu-führen, deren Höhepunkt im Frühjahr der Stafettenlauf sein soll (Termin richtet sich nach der Bundestagsdebatte). Gleichzei-tig wollen wir auch versuchen, Kirchen und Gewerkschaften anzusprechen und zum Mitma-chen zu motivieren.

Folgende überregionale Ak-tionen sind von den bisher betei-ligten Initiativen und Organisa-tionen angenommen worden:

Oktober

Im Oktober sollten wir alle versuchen, mit dem „Frankfur-ter Appell“ an die örtliche und regionale und natürlich auch an die zentrale Friedensbewegung heranzutreten, denn wir sind der

Meinung, daß Ausländerarbeit auch Friedensarbeit ist. Alle Möglichkeiten sollten genutzt werden um den „Frankfurter Appell“ bekannt zu machen und Unterschriften zu sammeln.

Wir sollten gleichfalls ver-suchen, bei Veranstaltungen der Friedensbewegung über die Thematik „Ausländerfeindlich-keit“ und ihren Zusammenhang mit dem Friedenskampf spre-chen zu können.

November

Am 9. 11. werden wir in allen Städten ausländerfeindliche und neonazistische Parolen überma-len (der 9. 11. war Reichskri-stallnacht). Vorher werden wir die Stadtverwaltungen anschrei-ben und ein Ultimatum zur Be-seitigung dieser Inschriften stel-len. Von dieser Aktion wird die regionale und bundesweite Presse informiert.

Außerdem würde sich anbie-

ten, eine Fotodokumentation dieser Inschriften zu erstellen und auch der Stadtverwaltung zu schicken. Es ist geplant, eine Aktionswoche zwischen dem 6. und 13. November (Volkstrau-ertag) zu gestalten. Es werden von den Initiativen Plakatwän-de gemietet, die möglichst zentral liegen und zu deren Mitfin-anzierung auch andere Inis an-gesprochen werden sollen. Auf diesen Plakatwänden soll unser Motto aufgesprüht oder -gemalt werden. Begleitet werden diese Aktionen durch Kulturveran-staltungen, Stände usw., die von den Initiativen selbst organisiert werden.

Die VVN macht in manchen Städten traditionell am 9. No-vember Fackelzüge, an denen wir uns beteiligen sollten, wenn möglich.

Dezember

Zwischen dem 5. und 10. De-zember findet die Aktionswoche statt. An einem Tag in dieser Woche, der jeweils günstig ist, werden wir „Besuche“ bei Be-hörden wie Ausländeramt, So-zialamt etc. machen. Dabei könnten z.B. Deutsche eine Aufenthaltserlaubnis beantra-gen. Vor den jeweils besuchten Behörden werden die von den Gesetzesvorschriften Betroffe-nen pantomimisch dargestellt.

Kind mit „Sandwich“: Ich darf nicht zu meinen Eltern, weil ich schon 7 Jahre alt bin; gefesselte und geknebelte Person zum Ver-bot der politischen Betätigung; alter Arbeit mit „Sandwich“: Entschädigung für jahrelanges Mitwirken am Aufschwung der deutschen Wirtschaft: 10500 Mark usw. Bei all diesen Ak-tionen wird natürlich wiederum der „Frankfurter Appell“ ver-

Januar

Anläßlich des Trefens der Innenminister der Länder zum Ausländergesetz wird eine Pres-sekonferenz zentral organisiert, auf der die Stafettendemonstra-tion regional und überregional angekündigt werden wird.

Februar/März

Die Stafette beginnt. Sie sollte in einem Zeitraum von ca. 3 Wochen aus verschiedenen Teil-en der BRD nach Bonn gelan-gen. Die Stafette sieht folgen-dermaßen aus:

Gleichzeitig vom Norden, Süden, Westen, Osten starten Demos, z.B. aus Flensburg gehen 100 Leute nach Kiel, von dort aus gehen vier Flensburger zusammen mit 100 Kiefern nach Hamburg, von dort ziehen vier Flensburger, vier Kieler, 100 Hamburger nach Bremen usw. So geht's also von allen Ecken der Bundesrepublik. In den je-weiligen Städten beginnt die Stafette mit einer Kulturveran-staltung. Jede Initiative benutzt den „Frankfurter Appell“ mit den gesammelten Unterschrif-ten als Stafette, die jeweils der nächsten Stadt übergeben wird. Am Tag, an dem über die Geset-

zesvorlage debattiert werden soll, treffen die Stafetten„läu-fer“ in Bonn ein, wo die Unter-schriftenlisten der Bundesregie-rung übergeben werden. Be-endet werden soll die Stafette mit einem großen Open-Air-Fest.

Außerdem soll versucht wer-den, auch aus dem Ausland Un-terstützung für diese Aktion zu finden, indem z. B. ausländische Initiativen an den Grenzen ab-geholt werden und mitmarschie-ren etc.

Diese einheitlichen Ak-tionen werden durch ein gemeinsa-mes Flugblatt und ein gemeinsa-mes Plakat begleitet.

Das Koordinationsbüro „Frankfurter Appell“ erstellt ein Arbeitspapier zu der Stafelldemo, das eine Route beinhaltet und eine Liste dessen, was bei der regionalen Vorbereitung be-rücksichtigt werden muß. Diese Arbeitspapier wird an die zentralen Städte in den Regionen zur Konkretisierung verschickt. Der daraus entstehende genauere Plan wird auf dem nächsten Treffen am 26. und 27. Novem-ber in Frankfurt vorgelegt und verabschiedet.

Für den Erfolg unserer Ak-tion ist insbesondere eine gute Pressearbeit notwendig. Das Koordinationsbüro wird die überregionale Presse informie-ren, die regionale Presse muß von den Initiativen selbst infor-miert werden. Jede Initiative, die den „Frankfurter Appell“ unterstützt, sollte in ihrer Re-gion als Träger des Appells auf-treten.

## Nach monatelangem Tauziehen

**26 000 Fernfahrer im Kampf!**

Länderregierungen drohen massiv

Nach zehnmonatigem Hin und Her, mit monatelangen Verhandlungspausen, hat der Vorstand der ÖTV am vergangenen Freitag „grünes Licht“ für Kampfaktionen der Fernfahrer gegeben. Die Verhandlungen um einen neuen Manteltarif wurden für gescheitert erklärt. Jetzt wird für bessere Arbeitsbedingungen gekämpft. Die „Kulis der Nation“ wehren sich.

Von den 50 000 bundesdeutschen Fernfahrern sind rund 26 000 gewerkschaftlich organisiert. Am Montag waren sage und schreibe 20 000 von ihnen im Streik, die übrigen 6 000 (ausnahmslos aus Kleinbetrieben) führen Bummeltempo.

Die 80 größten Speditionen der BRD waren am Montag total blockiert, kein Wagen fuhr bei ihnen. An den Grenzübergängen zur DDR und nach Dänemark sowie nach Belgien gab es nach Berichten von Kollegen aus diesem Raum erhebliche Maßnahmen, die Aktionen durch Polizeieinsatz und politische Erpressung zu unterdrücken.

Mehrere hundert Lastwagen verursachten am Grenzübergang Helmstedt einen Stau von über 15 km Länge (nach Radiomeldungen). Der Berliner Senat droht, diese Aktion verstoße gegen die alliierten Verträge, Justizsenator Oxfort, deutlich unterstreichend, auf welcher Seite einmal mehr diese Justiz steht, droht mit Polizeieinsatz wegen Verstoßes gegen das Berlin-Gesetz. Während es hier am Montag noch bei der Drohung mit Polizei bleibt, kommt es an der dänischen Grenze, in Flensburg zu einem solchen Einsatz.

Polizei mit vorgefertigten Haftbefehlen (wegen „Nötigung und Erpressung“) geht auf die blockierenden Fahrer los. Ein

Teil gibt daraufhin erst mal auf, andere machen trotzdem weiter.

Und auch in NRW im Aachener Grenzgebiet kommt es zu solchen Druckmaßnahmen. Das Finanzministerium schickt Zollbeamte gegen Gewerkschafter vor, die auf dem Zollhof Flugblätter verbreiten: Auf Zollge-



lände sei politische Betätigung untersagt. Der Zorn über den Herrn SPD-Finanzminister war groß. Die Kollegen gingen dann auf belgisches Hoheitsgebiet und verteilten dort weiter. Keine konkreten Tatsachen waußten unsere Berichterstatter über Maßnahmen im süddeutschen Raum und deren Ablauf.

Aber die Tendenz ist sichtbar: In Niedersachsen die KFZ-Handwerker, in Hamburg vorher die Installateure, nun bundesweit die Fernfahrer — es treten neue und durchaus wichtige Schichten der Arbeiterklasse in

den Kampf.

Die Fernfahrer haben lange gewartet, viel Geduld gezeigt, ihre Forderungen sind nichts anderes, als daß sie nicht mehr Arbeiter zweiter Klasse sein wollen, mehr als berechnete, selbstverständliche Forderungen sind das.

Die politischen Drohungen der verschiedenen Länderregierungen sind nichts anders als ein Angriff auf die Gewerkschaftsfreiheit. Wenn in Flensburg von Nötigung die Rede ist: Wer be-

straft denn die alltäglichen Erpressungen der Chefs? Wenn ein Herr Oxfort mit dem Berlin-Gesetz droht: Wer hat denn bisher dafür gesorgt, daß er sein zu vieles Geld ausgeben konnte? Wenn gar ein SPD-Minister darin politische Betätigung sieht, muß man ihn fragen, ob er unter Gewerkschaft etwa auch Bittschrift an den großen Vorsitzenden (des Vorstands) versteht?

Nein, diese Aktionen der Fernfahrer sind nur recht und billig und sie finden bestimmt nicht nur die volle Solidarität der Kommunisten.

**„Bewerbungstechnik“ — oder wie man Arbeitslose aus der Statistik rausholt**

(Bericht einer Arbeitslosengruppe aus Stuttgart)

Wir Arbeitslosen möchten euch gerne schildern, wie es uns ergangen ist, wie wir zwangsverpflichtet worden sind zu einem Lehrgang unter dem Thema „Bewerbungstechnik“.

Angefangen hat es, als wir, sechs arbeitslose Metaller, von unserem „Arbeitsberater“ zu einem Termin gerufen wurden. Dort wurde uns zuerst gesagt: „Wir brauchen Freiwillige für den Lehrgang der Bewerbungstechnik.“ Daraufhin hat sich aber keiner freiwillig gemeldet. Ergebnis war, man hat uns gedroht: „Entweder ihr geht zu dem Lehrgang oder ihr werdet gesperrt“, das heißt, man bekommt kein Geld mehr. Beispiel eines Kollegen: Er bekommt 150 DM Arbeitslosenhilfe die Woche. Davon muß er Miete und alles bezahlen. Trotzdem wurde von ihm verlangt, zu dem Kurs zu fahren. Er sagte, er hätte das Geld nicht, um hinzufahren. Darauf wurde ihm gesagt, er müßte dann zum nächsten Lehrgang, sonst würde ihm die Arbeitslosenhilfe gesperrt. Uns wurde zum Schluß noch gesagt: „Männer, geht zu dem Kurs, sonst werdet ihr zwei Wochen gesperrt.“

Tatsache ist, wir sind erpreßt worden. Tatsache ist, wir haben keine Rechtsmittelbelehrung erhalten. Dadurch wären wir auch nicht verpflichtet, hinzugehen.

Tatsache ist, daß wir der Meinung sind, daß der Lehrgang über Bewerbungstechnik uns nichts bringt, weil dadurch auch

keine Arbeitsplätze geschaffen werden, siehe HDW, Weser AG usw. Wir haben das Gefühl, wir werden für dumm verkauft, als ob wir nicht wüßten, wie man sich bewirbt! Anscheinend haben die 2,4 Millionen registrierten Arbeitslosen (abgesehen von der großen Anzahl nicht Regisierter) deswegen keine Arbeit, weil sie sich nicht richtig bewerben können!

Damit wird die Schuld an der Arbeitslosigkeit uns in die Schuhe geschoben. Und dies wird auch noch vom DGB unterstützt, denn unser Kurs wird vom Berufsbildungswerk des DGB durchgeführt.

Deswegen haben wir uns zusammengesetzt und überlegt, was wir gegen diese Schweinerei tun können. Dadurch sind wir zu dem Schluß gekommen, daß das veröffentlicht werden muß. den Anreiz zu diesem Bericht gab der Artikel mit der Überschrift „Keine Lust, auf den Arbeitsdienst zu warten“, der im „Roten Morgen“ vom 9. September veröffentlicht wurde.

In dem Artikel wurde berichtet, daß einer von uns schon fünf Monate auf sein Arbeitslosengeld wartet. Und jetzt ist er auch noch auf dem Lehrgang, nachdem er nur ein Fünftel von dem Geld erhalten hat, was ihm zusteht. Inzwischen hat er einen freundlichen Brief vom Arbeitsamt Darmstadt erhalten mit folgendem Text:

„Sehr geehrter Herr D., wie Ihnen mit Schreiben vom

30. 8. 83 mitgeteilt wurde, wurde Ihre Leistungsakte an das Arbeitsamt Stuttgart weitergeleitet. Da mir nunmehr die Unterlagen über Ihre Leistungsbezug nicht mehr vorliegen, ist mir eine Beantwortung Ihrer Fragen nicht möglich. Ich habe Ihr Schreiben vom 6. 9. 83 an das Arbeitsamt Stuttgart weitergeleitet. Ihre Fragen werden vom dortigen Amt beantwortet...“

Inzwischen geht die Suche nach der Akte los. Für den Günter bedeutet das, in die Röhre zu gucken. Inzwischen haben wir uns erkundigt, ob man das Arbeitsamt verklagen kann. Unser Rechtsberater vom DGB hat uns gesagt, daß wir grundsätzlich das Recht haben auf Prozeßkostenhilfe (früher Armenrecht). Dagegen sagten ein Rechtsanwalt und ein Justizbeamter, daß man ausgerechnet beim Sozialgericht die Anwaltskosten nicht ersetzt bekommt. Frage: Wer hat hier recht?

Fazit ist: Wir Arbeitslosen müssen uns zusammenschließen und gemeinsam mit den Arbeitern innerhalb der Gewerkschaft kämpfen, wobei wir Arbeitslosen die Gewerkschaft (Gewerkschaftsführer) zwingen müssen, gemeinsam mit uns zu kämpfen.

Von unserem weiteren Kampf werden wir noch berichten.

Mit kollegialem Gruß  
Arbeitslosengruppe  
aus Stuttgart

**Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen**

IGM-Gewerkschaftstag (1)

Die Ereignisse kurz vor dem Gewerkschaftstag haben es nochmals unterstrichen, für alle, die es stets ableugneten: Die aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Linken sind weder Gegner noch gar Feinde der Gewerkschaft.

Ob es oppositionelle Betriebsräte auf den Werften sind oder in der Stahlindustrie, ob es betriebliche aktive Gruppen sind, oder solche, die sich überregional zusammengeschlossen, alles das ist hier gar nicht die Frage.

Die Frage ist, was haben sie getan, wie haben sie sich verhalten, als es zum Kampf ging. Und die Frage ist auch, wie war ihr Beitrag dazu im Vergleich zu einer ganzen Reihe von Funktionären der IG Metall.

Die Frage ist doch ganz einfach: Was nützt den Arbeitern, den Belegschaften. Denn ihre Interessenvertretung sind ja doch wohl die Gewerkschaften oder sollten sie sein, dazu wurden sie einst gegründet. Und wenn es da Betriebsräte gibt, die, sei es auf der Werft, sei es im Stahl, selbst heute noch mit den Vorständen klüngeln, neue Projekte hinter dem Rücken der Belegschaft gutheißen oder Geheimvereinbarungen treffen, dann sollte doch die Frage ge-

stellt werden, ob nicht die anderen eben viel mehr Gewerkschaftsarbeit machen, indem sie mit ihren Mitteln den Widerstand gegen Unternehmerkonzepte organisieren. Genügend Betriebsrätewahlen haben in der Vergangenheit dazu Antworten erbracht.

Mit dem Mittel der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ist nicht nur im Prinzip die Einheitsgewerkschaft unterhöhlt worden. Mit ihr ist vor allen Dingen die Politik der Sozialpartnerschaft durchgesetzt worden, wo es Opposition dagegen gab. Eine Politik, die heute in viel breiterem Maße kritisiert wird, die heute auch viel deutlicher in ihren schädlichen Auswirkungen wird.

Und so ist es nicht von ungefähr, daß die Belegschaften, die heute in den Kampf treten, in der Regel solche waren, bzw. sind, in deren Betrieben eine deutlich sichtbare gewerkschaftspolitische Alternative da war, um die als Kern herum sich diejenigen Teile der Belegschaft in verschiedenster Weise sammeln konnten, die bereit waren, für ihre Interessen einzustehen.

Alles das macht noch deutlicher, daß, bei allen Fehlern, die der oder jener gemacht haben

mag, diese Unvereinbarkeitsbeschlüsse nur dazu dienen, die Kampfkraft der Belegschaft zu schwächen.

Und dies ist ein Prozeß, der sich ohne persönliches Zutun weiter verstärken wird. Nämlich hervorgerufen durch die Krise dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems und ihrer Auswirkungen. „Nur eine Wende in der Gewerkschaftspolitik kann gegen die gesellschaftspolitische Wende aus Bonn Erfolg bringen“. Das ist eine Aussage, die bei weitem nicht nur die Kommunisten teilen. Das ist aber auch eine dringende Notwendigkeit für die Kampfkraft der Gewerkschaftsbewegung.

Und dazu gehört unbedingt, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen linke Gewerkschafter, gegen die Genossen unserer Partei beispielsweise, gegen die Mitglieder der RGO, gegen die Mitglieder und aktiven Gewerkschafter anderer Parteien und betrieblicher und sonstiger Gruppierungen, die ihre Kritik am Kurs der Sozialpartnerschaft schon lange nicht auf dem Papier stehen haben lassen, daß dieses Unding zurückgenommen wird.

**Der 5. Oktober am Karlsruher Städtischen Klinikum**

(Bericht aus Karlsruhe)

Kampfmaßnahmen — und besonders Arbeitsniederlegungen — sind an einem Krankenhaus bekanntlich nicht ganz leicht durchzusetzen. Und so war es ein ganz großer Erfolg, als sich am 5. Oktober nahezu 120 Kolleginnen und Kollegen um 11.55 Uhr vor der Kantine trafen, um den Aufruf des DGB „Fünf Mahnminuten für den Frieden“ zu unterstützen.

Mit zwei Transparenten bildete sich ein weitgehend „weißer“ Demonstrationzug, der von der Kantine aus durch

das Klinikgelände bis zum Verwaltungsgebäude zog. Dort gab es eine kurze Ansprache von einem Personalratsmitglied und schon waren 10 Minuten vorbei.

Die kurze Zeit kam einigen doch etwas lächerlich vor, aber die Stimmung nach der Aktion war echt gut und ein Ansporn für die weitere Friedensarbeit im Betrieb. Gerade auch im Hinblick auf den 19. Oktober. Die Friedensinitiative am Klinikum, die seit Anfang August besteht und einiges zur Mobilisierung sowohl zum Antikriegstag als auch

zum 5. Oktober beigetragen hatte — dort mit einem Flugblatt, das gemeinsam von allen betrieblichen Friedensinitiativen in Karlsruhe verteilt wurde — wird am 19. Oktober eine Veranstaltung durchführen.

In der ÖTV-Betriebsgruppe wurde beschlossen, am 19. Oktober zu einer ÖTV-Mitgliederversammlung einzuladen. Das sind gute Grundlagen, um den Tag der Betriebe am Klinikum zu einem noch größeren Erfolg werden zu lassen.

**Die Aktion vom 5. Oktober**

„5 Minuten sind zu wenig“ — nicht nur bei Bosch in Reutlingen waren solche Plakate zu lesen. Und nicht nur im Karlsruher Klinikum war dieser 5. Oktober ein Schritt nach vorne.

Es war, wie viele es auch immer gewesen sein mögen, eine massive Bekundung des Willens der Arbeiter, der arbeitenden Menschen nach Erhaltung des Friedens. Ganz massiv war in fast allen bundesdeutschen Großstädten die Organisation dieser Aktion durch die Gewerkschaft ÖTV sichtbar geworden. Riesenbelegschaften der Metallindustrie beteiligten sich aktiv daran, die Bänder der Autowerke standen still. In zahllosen Kleinbetrieben gab es trotz ganz konkreter Drohungen der Chefs mutige Aktionen der Belegschaften, kleine Aktionen im Gesamtbild, die kaum Erwähnung finden. Beispiel: die Dortmunder Buchhändler. Trotz Bedrohung beteiligten sich 37 Beschäftigte bei Bücher Krüger an der Aktion, entfalteten gar ein Transparent am Haus und — erteten den Beifall der Kundschaft. Kleine Aktionen im Gesamtbild, wie gesagt, ungeheuer wichtige Aktionen für die Beteiligten und diejenigen, die sie mitbekamen.

Sicher: „5 Minuten sind zu wenig“. Sicher: Gegen den Text des Aufrufs läßt sich vieles einwenden. Der Ablauf der Aktionen, der Erfolg dieses Tages aber unterstreicht, daß es richtig war, die Aktionen nach allen Kräften zu unterstützen. Denn es war, um es zu unterstreichen, doch das erste Mal, daß breite Teile der Belegschaften sich aktiv an Friedensaktionen beteiligten, gegen den Willen der Unternehmer. Und das ist die Grundlage für den weiteren Kampf, und das ist das Wichtigste.

## Nach der Torblockade

# Wie geht es weiter auf HDW?

Die folgenden Auszüge aus einem Artikel der HDW-Betriebszelle in Hamburg befassen sich mit der Lage nach der erneuten Kampfkraft eines Teils der Belegschaft am Tor, der Aktion gegen Überstunden. Hier wurde deutlich gemacht, daß durchaus weiterhin Kampfbereitschaft besteht — ein Argument gegen so manche Behauptung, daß die Besetzung eine Niederlage mit demoralisierender Wirkung gewesen sei.

Am Mittwoch der letzten Woche haben wir noch einmal deutlich gezeigt, daß wir — die Belegschaft der HDW — trotz Abbruchs der Betriebsbesetzung nicht gebrochen sind und daß wir jederzeit bereit sind, für unsere berechtigten Forderungen erneut in den Kampf zu treten.

Nach der Information durch den Betriebsrat am Uhrort sind wir noch einmal mit über Tausend Kollegen zum Haupttor des Werkes marschiert und haben es für einige Zeit blockiert. Um diesem Vorstand deutlich zu machen: Wir haben zwar die Betriebsbesetzung abgebrochen, aber wenn die IG Metall uns aufruft, gemeinsam mit den Werftbelegschaften und den Stahlarbeitern für einen Tarifvertrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in den Kampf zu treten, dann sind wir bereit, auch die abgebrochene Betriebsbesetzung, den abgebrochenen Streik erneut zu beginnen.

Viele Kollegen waren schon jetzt am Tor wieder bereit, das Tor sofort zu schließen und den Kampf erneut zu beginnen. Dies ist durchaus verständlich. Nur muß dabei eines bedacht werden! Nur wenn eine Mehrheit der Belegschaft bereit ist, erneut in diesen Kampf zu treten, nur wenn die IG Metall bereit ist, offiziell den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze als einen Kampf auch um einen Tarifvertrag zu führen, wird es möglich sein, den Kampf in dieser Form erneut aufzunehmen und auch zu gewinnen.

Doch das ist im Augenblick nicht möglich. Dennoch halten wir an unseren Forderungen fest.

- Weg mit dem Konzept!

- Weg mit den Entlassungslisten!
  - Der Handelsschiffneubau muß in Hamburg bleiben!
  - Öffentliche Aufträge aus Bonn und Hamburg zum Erhalt der Arbeitsplätze!
- Und vor allem, und dies wird uns auch heute und morgen bereits beschäftigen, die Frage der Arbeitszeit. Überstundenknüppel, Kurzarbeit, Schichten — oder: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, kein Schichtbetrieb, weg mit der Kurzarbeit, Abbau der Überstunden!

So steht die Frage. Wenn wir jetzt seit über einer Woche nach Beendigung unserer Betriebsbesetzung die Überstunden verweigern, so deshalb, weil dies im Augenblick das wirksamste Mittel ist, um dem Vorstand deutlich zu machen: Wir sind nicht bereit, die Konzeption des Vorstandes mit weniger Leuten, mehr Leistung bei Überstundenknüppel und Fremdfirmeneinsatz mitzumachen. Wir verlangen eine Arbeitszeitregelung, deren Grundbestandteil die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich ist.

Wir verlangen einen rigorosen Abbau der Überstunden. Wir verlangen: Schluß mit Fremdfirmeneinsatz auf der HDW!

Dies aber wird sich nicht durch Verhandlungen des Betriebsrats durchsetzen lassen. Auch hier ist es erforderlich, den gemeinsamen Druck der gesamten Belegschaft zu organisieren.

Und auch hier ist es erforderlich, daß nicht diese Belegschaft, daß nicht der Betriebsrat

allein diesen Kampf führt, sondern daß die IG Metall gerade im Vorfeld um den tariflichen Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich den Kampf gegen die Pläne des Vorstandes für eine flexible Arbeitszeit, für Überstunden am Sonnabend und Sonntag, für Kurzarbeit und Schichtarbeit, organisiert. Und dies nicht nur auf der HDW, sondern dieser Kampf muß auf allen norddeutschen Werften geführt werden.

Was sind unsere konkreten Forderungen, für die wir jetzt alle gemeinsam, gekündigte und nicht gekündigte Kollegen, kämpfen müssen?

Da ist zum einen der Sozialplan. Der Vorstand erdreistete sich, dem Betriebsrat 13,4 Millionen Mark auf den Tisch zu werfen und zu sagen: Hier habt ihr das Geld, nun seht zu wie ihr es verteilt. Dagegen hat der Betriebsrat protestiert und einen Sozialplan vorgelegt, der nicht nur anständige Abfindungen beinhaltet, sondern auch andere Übergangsregelungen für Kollegen, für Umschulung und eine Klausel, die es ermöglicht, daß Kollegen, die von der HDW entlassen sind, als erste wieder eingestellt werden. Und um diese Einstellung, um die Rücknahme von Kündigungen geht es konkret. Es muß erreicht werden, daß ein ganzer Teil der Gekündigten weiter auf der HDW beschäftigt werden kann. Dabei handelt es sich zu aller erst um die gekündigten Ersatzbetriebsräte, gekündigten Vertrauensleute, gekündigten Schwerbehinderten und gekündigte Kollegen, die aufgrund ihrer sozialen Situation morgen bereits im Elend leben müßten.

Dies aber dem Vorstand abzutrotzen, dazu wird es erforderlich sein, Geschlossenheit zu wahren und die beschlossenen Kampfschritte solange gemeinsam durchzuhalten, bis wir Erfolge erreicht haben.

Kollegen, nichts ist schädli-

cher, als wenn ein beschlossener Überstundenboykott von einzelnen, und es sind zum Glück nur einzelne, durchbrochen wird, weil sie meinen, daß jetzt die Zeit für sie gekommen ist, sich ihren Arbeitsplatz abzusichern. Am Wochenende haben auf der HDW zwei Dutzend Kollegen gearbeitet. Dies haben die vor dem Tor aufgelegten Streikposten nicht verhindert, weil sie keine tätliche Auseinandersetzung mit den Kollegen wollten. Aber es muß hier deutlich gesagt werden. Daß, wer dieses Mittel Überstundenboykott, was ein sehr wirksames Mittel ist und den Vorstand eben dazu gebracht hat, dem Betriebsrat Verhandlungen anzubieten, wer dieses Mittel willkürlich persönlich durchbricht, der handelt wie ein Streikbrecher — vor allen Dingen auch gegenüber den Kollegen, die sich an diesen Boykott halten, obwohl auch sie die eine oder andere Mark sehr gut gebrauchen könnten. Insbesondere aber unsolidarisch gegenüber den Kollegen, die gekündigt sind und hoffen, daß sie wieder auf der HDW einen Arbeitsplatz bekommen können. Denn jetzt gilt es, weiterhin Geschlossenheit zu zeigen.

Die Wühlarbeiten des Vorstandes zur Zerschlagung des Hamburger Werkes sind lange nicht zu Ende. Das nächste, was folgt, ist neben der flexiblen Arbeitszeit eine erhebliche Steigerung der Leistung bei gleichzeitigem Senken unseres Lohnes. Dafür müssen wir gewappnet sein. Dafür müssen wir Geschlossenheit zeigen, dafür müssen der Vertrauenskörper und die betrieblichen Vertretungen weiterhin gestärkt werden.

Der Vorstand plant die systematische Zergliederung des Hamburger Werkes in einzelne Bereiche, die dann gegeneinander ausgespielt werden sollen. Er plant die Verselbständigung des Hamburger Werkes, um das Werk so wirtschaftlich besser in der Hand zu haben und leichter in den Konkurs führen zu können. (...)

Ideologie von Besetzung, die Mystifikation der „radikalen Kampfform“, die sich in der Haltung äußert: „Hauptsache Kampf!“ Wer von radikaleren Kampfformen unabhängig vom Ausgang der Kämpfe nunmehr aufnimmt, daß sie letztlich den Klassenkampf ankurbeln, verhält sich zynisch zu den je einzelnen Fällen. Serie von Niederlagen werden den Klassenkampf nicht voranbringen!

6. Radikale Kampfformen und klare, greifbare Ziele müssen zusammengehen! Dann zeigt sich auch, daß Betriebsbesetzung nicht für alle Ziele taugt. Wo die Regierung Adressat der Forderungen ist, greift keine Betriebsbesetzung für sich. Wo es gegen den Unternehmer geht, da bedarf es bestimmter Erfolgsbedingungen: daß man den Unternehmer überhaupt ökonomisch treffen kann, daß noch für alle Kollegen eine Rettungsperspektive drin ist etc. Das heißt vor allem, daß die Kollegen den Zeitpunkt einer Besetzung selbst bestimmen können müssen! Um diesen Zustand gewerkschaftlichen Kampfes zu erreichen, in dem Betriebsbesetzungen zu einem normalen Kampfmittel werden, über das man nach eigenen Kriterien verfügen kann, bedarf es der Veränderung der Gewerkschaftspolitik. Zweifellos tragen die bisherigen Betriebsbesetzungen allesamt dazu bei, eine kämpferische Stimmung in den Gewerkschaften zu verbreiten. Das kann die Grundlage für eine Veränderung der Gewerkschaftspolitik sein.

## Der Kampf auf den Werften

Die beiden Werftbesetzungen in Hamburg und Bremen sind ohne Zweifel Signale gewesen, das kann man auch in der Debatte, die sie in verschiedenen Gewerkschaftskreisen und unter revolutionären und klassenkämpferischen Kräften ausgelöst haben, bestätigt sehen.

Wir hatten in den beiden letzten Ausgaben des „Roten Morgen“ bereits drei verschiedene Veröffentlichungen der KPD zu diesem Thema wiedergegeben: Die dem Ende der HDW-Besetzung folgende Ausgabe der Betriebszeitung „Frischer Wind“, ein Flugblatt der Ortsgruppe Hamburg und eines der Ortsgruppe Bremen unserer Partei. Diese Vorgehensweise setzen wir auch dieses Mal fort. Zum einen mit zwei Artikeln aus Betriebszeitungen der HDW-Parteizellen in Hamburg und Kiel, wo es um den weiteren Kampf gegen das „Werftkonzept“ des Kapitals geht — weil wir meinen, daß die Aktionen, über die berichtet wird, unmittelbar zu einer „Auswertung“ der Betriebsbesetzungen gehören. Zum zweiten aber auch, wie bereits angekündigt, mit der Wiedergabe von Stellungnahmen anderer Organisationen, Gruppierungen, Strömungen.

Dabei beginnen wir dies mit einem Auszug aus einem Artikel der Zeitschrift „Revier“, in dem vor allem die Frage der Überbewertung dieses Kampfes gestellt wird — eine Position, die wir gerade deshalb zuerst wiedergeben, weil sie in deutlichem Gegensatz zu dem mehrheitlichen Echo steht. Aber auch ohne die Einschätzungen dieses Artikels zu teilen sind darin doch eine ganze Reihe politischer Argumente aufgeworfen, die zumindest wichtige Fragen anschnitten, die wir ebenfalls in folgenden Ausgaben noch behandeln werden.

## Es geht auch anders!

### Aus „Das Bollwerk“, Betriebszeitung der KPD bei HDW Kiel

Im folgenden Artikel der Betriebszeitung der KPD-Zelle bei HDW Kiel wird die Aktion am 17. und 18. 9. gegen die Überstundenschinderei ausgewertet. Dies ist zum einen ein Teil des Kampfes gegen das Werftkonzept, zum anderen ein Beweis dafür, daß die Kieler Kollegen durchaus nicht mit verschränkten Armen den anderen zusahen.

Am 17. und 18. September, Samstag und Sonntag, besetzten Vertrauensleute, Betriebsräte und aktive Kollegen morgens um 5.30 Uhr die Werfttore.

Die Aktion richtete sich gegen die Überstundenpolitik des Vorstandes. Allein an dem betreffenden Wochenende sollten über 10000 Überstunden abgeleistet werden. Rechnet man noch die Überstunden hinzu, die an den übrigen Wochentagen gemacht werden, kommt man bald auf 20000 Überstunden pro Woche bei HDW-Kiel.

20000 Überstunden pro Woche

- während 2000 Kollegen in Kurzarbeit sind;
- während über 1750 Kollegen entlassen werden;
- während man den Hamburger Kollegen die Luft ganz abdreht.

Auf den ersten Blick scheint es wirklich so, als sei der HDW-Vorstand wahnsinnig geworden.

Aber dahinter steht System. Laut Tarifvertrag haben wir die 40-Stunden-Woche. Das bedeutet, der durchschnittliche Lohn für 40 Stunden Arbeit sollte ausreichen, um einer vierköpfigen Familie die Existenz zu ermöglichen, bei einem für unsere Gesellschaft durchschnittlichen Lebensstandard.

Die Reallohnverluste der letzten Jahre haben dazu geführt, daß das Geld vorne und hinten nicht mehr langt. Deswegen machen viele Kollegen Überstunden, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. So wollen uns die Unternehmer zwingen, länger zu arbeiten, ohne daß ihre Lohnkosten real steigen. Und je mehr Erfolg sie mit dieser Politik haben, desto mehr Kollegen können sie in Kurzarbeit schicken oder entlassen. Wenn dabei unsere Gesundheit auf der Strecke bleibt, Herrn Ahlers interessiert das nicht. Wie wir mit dem Kurzarbeiter- oder Stempelgeld klarkommen sollen, Herr Stoltenberg macht sich keine Gedanken darüber.

Diese Herren interessiert nur der Profit. In seinem Namen werfen sie Kollegen auf die Straße, schicken sie in Kurzarbeit

und lassen den Rest Überstunden kloppen bis zum Umfallen.

Es war höchste Zeit, daß hier mal auf den Tisch gehauen wurde. Die Blockade der Werftarbeiter hat gezeigt, daß es auch anders geht. Man braucht nicht zu allem ja und amen zu sagen, weder zu den Überstunden, noch zu Kurzarbeit, noch zu Entlassungen. Es ist deutlich geworden, wozu eine Organisation wie die IG Metall in der Lage ist, wenn sie sich entschließt, in die Offensive zu gehen.

In der gegenwärtigen Krise den Schwanz einziehen, auf irgendwelche Politiker hoffen und in schöner Nostalgie die Zeiten der Sozialpartnerschaft zurückzusehen, diese Politik hat dem Ansehen der IG Metall schon großen Schaden zugefügt.

Spätestens seit der Wende in Bonn ist der offene Klassenkampf angesagt, und zwar von den Kapitalisten selbst. Die Gewerkschaft muß daraus die Konsequenz ziehen, ihre Mitglieder und alle Kollegen mobilisieren, breite Solidarität zu organisieren und zurückzuschlagen. Mehr denn je brauchen wir jetzt eine starke gewerkschaftliche Kampforganisation. Hasenfüße, Vereinsmeier, Karrieristen, Bonzen und Laberfüßler darf es unter den Gewerkschaftsfunktionären einer solchen Organisation nicht mehr geben! Dafür muß bei den anstehenden Mitgliederversammlungen der IGM gesorgt werden.

Sicher ist: Wir werden in ein paar Jahren im Hemd dastehen, wenn es uns nicht gelingt, die IGM auf Vordermann zu bringen. Kämpferische Aktionen, wie die Aktion gegen die Überstunden, dürfen nicht länger die Ausnahme sein, sondern müssen in der gegenwärtigen Lage zur ständigen gewerkschaftlichen Praxis werden. Weiteres Zurückweichen führt zur Zersetzung und Isolation der Gewerkschaftsbewegung und bereitet den Boden für die Pläne der Reaktionäre à la Strauß, die Gewerkschaften wieder einmal zu zerschlagen.

# Hauptsache Kampf?

## Auszug aus einem Artikel aus „Revier“ 10/83

Der im folgenden abgedruckte Artikel ist der Schlußteil eines größeren Artikels in der Oktoberausgabe von „Revier“. Darin werden erste Bewertungen ausgesprochen, Bewertungen, die durchaus vom in „linken Kreisen üblichen“ abweichen. Deswegen gerade veröffentlichen wir dies als erstes von anderen politischen Auffassungen. Wir werden noch die Bewertungen anderer Kräfte abdrucken und natürlich dann auch unsere Bewertungen wiederum dazu.

Die Begeisterung der Linken (und selbst der Grünen) für die Betriebsbesetzungen als „neue Kampfform“ können wir nicht ohne weiteres teilen. Aus unserer bisherigen Diskussion dazu haben wir eine vorläufige Beurteilung gefunden, die wir hier kurz umreißen wollen. Eine intensive Auseinandersetzung zu dieser Frage ist notwendig und soll in den nächsten Ausgaben der „REVIER“ aufgenommen werden.

1. Im Kampf um Arbeitsplatzverlust und Existenzsicherung haben Kollegen verschiedenorts zu Betriebsbesetzungen als Kampfmittel gegriffen. „Radikal“ daran ist die Durchbrechung der Eigentumsrechte — insofern weist dieses Kampfmittel in die Richtung einer generellen Lösung (die aber als Bewußtsein bei den Betriebsbesetzern längst nicht so vorhanden ist). Die Kampfziele der Belegschaften sind durch Betriebsbesetzungen von Videocolor in Ulm über VDO, Adler, Rockwell-Golde in Frankfurt,

Heckel in Saarbrücken bis zu HDW in Hamburg nicht erreicht worden.

2. Der Kampf bei HDW ist das bislang krasseste Beispiel in einem Großbetrieb: daß es zur Besetzung kommt, wenn eigentlich nichts mehr geht. Ein Kampfmittel aus Notwehr — in höchster Not, wenn man auch die schlechtesten Karten hat! Natürlich haben sich die Kollegen das nicht ausgesucht — der Zeitpunkt ihres Kampfes war durch das Vorgehen des Unternehmers vorgegeben. Solange die Normalform des Kampfes der hinhaltende Widerstand, Verhandlungen und bestenfalls Demonstrationen sind und Betriebsbesetzungen nur „letztes Mittel“ aus Verzweiflung — solange kann der Unternehmer den gesamten Auseinandersetzungszug taktisch steuern, kann auch die Kollegen auflaufen lassen, um Exempel zu statuieren.

3. Die Schwierigkeit liegt natürlich darin, daß heute noch die Mehrheit der Kollegen für eine

Besetzung erst zu gewinnen ist, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist und ihre Illusionen hinterher. Darin besteht systematisch die Schwächesituation. Wenn diese Situation eingetreten ist, setzt sich bei den Kollegen auch schnell die Haltung durch: Hauptsache Arbeit! Dann hat es der Unternehmer u.U. leicht, Sachen durchzubringen, gegen die vordem Widerstand gewachsen war (z.B. „Asbestschiff“, Rüstungsaufträge etc.). Jeder Strohhalm wird dann zum Rettungsanker.

4. Die positive Wirkung von Besetzungen soll nicht unterschlagen werden: die Kampferfahrung, das Gemeinschafts- und Solidaritätserlebnis. (Diese Wirkung hatte auch der Stahlarbeiterstreik, sie hängt nicht an der „neuen Kampfform“). Aber solange die Umgebungseinflüsse sich nicht ändern, solange der Kampf das Ausnahmeereignis ist und der Alltag mit seiner Normalform von Widerstand einen schnell wieder einholt, bleiben die positiven Wirkungen nicht lange haften. Damit ist die gesamte Politik und Kultur der Gewerkschaftsbewegung heute gemeint.

5. Wir kritisieren damit selbstverständlich nicht die Kollegen, die zu diesem Kampfmittel greifen. Wir kritisieren eine

# 16. 10.: Enver Hoxhas 75ster Geburtstag

Am 16. Oktober wird Enver Hoxha 75 Jahre alt.

Dieser Geburtstag des Genossen Enver, des Vorsitzenden der Partei der Arbeit Albaniens, der sich unsere Partei im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse verbunden weiß, wird auch in der bürgerlichen Presse nicht unbeachtet bleiben. Wenngleich sicher in der westdeutschen Presse, soweit sie nicht sowieso hemmungslos gegen alles Kommunistische hetzt, der übliche überhebliche Ton vorherrschen wird — über den Führer des geheimnisvollen Balkanvolkes, das angeblich so isoliert vom Weltgeschehen dahinglebt, als „letzte Bastion des Stalinismus“ unter der Fuchtel der roten Diktatoren, an deren Spitze Enver Hoxha steht.

Die Arbeiter und das Volk Albaniens können darüber getrost lachen. Befreit von allen Ausbeuterklassen bauen sie sich ihr Land nach ihrem Willen und unterhalten Beziehungen mit wem sie wollen — und das sind viele Länder. Wer sich das „isolierte Land“ einmal ansehen möchte, kann das leicht tun — mit den Skanderbeg-Reisen auch von Westdeutschland aus.

„Stalinist“, für manchen westdeutschen Journalisten der schlimmste Vorwurf überhaupt, ist in Albanien eher eine Ehrenbezeichnung — sie beinhaltet doch vor allem das Festhalten an Prinzipien des Aufbaus der Volksmacht und der internationalen Solidarität, die diejenigen über Bord geworfen haben, unter deren tatsächlicher Diktatur die Sowjetunion wurde, was sie heute ist — eine imperialistische Supermacht, die andere Völker unterdrückt. Was mit Albanien nicht geklappt hat.

Die Partei der Arbeit und Enver ganz speziell haben die Hochachtung der Menschen in der Sozialistischen Volksrepublik, weil sie sich als die besten Vertreter ihrer Interessen erwiesen haben, vom Kampf um die Befreiung von den deutschen Faschisten über den Sturz der Ausbeuter bis zum Aufbau einer sozialistischen Industriegesellschaft in einem vormals extrem rückständigen und abhängigen Agrarland.

Wer heute sich ansehen will, wie Sozialismus aussehen kann, wer die Erfolge und die Probleme des Aufbaus einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, kennenlernen will, der kommt an dem „kleinen Albanien“ nicht vorbei. Es gibt kein anderes sozialistisches Land auf der Welt. Und wenn auch die Bedingungen Albaniens und Westdeutschlands sehr unterschiedlich sind, ist doch das Beispiel der Albaner wichtig für uns, und hat ihr Kampf um die Sicherstellung und Steigerung seiner Errungenschaften unsere uneingeschränkte Sympathie und Unterstützung.

Bei der Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der proletarischen revolutionären Bewegung im internationalen Maßstab gegen die Theorien und die Politik der Verräter vom Schlage Titos und Chruschtschows hat die Partei der Arbeit Albaniens, hat Enver Hoxha historische Verdienste erworben. Sie haben den Kommunistischen Parteien anderer Länder, auch unserer Partei, geholfen.

Deshalb unsere herzlichen Glückwünsche an den Genossen Enver. Deshalb die Feiern, zu denen sein Geburtstag in ganz Albanien Anlaß gibt. Mit diesen Geburtstagsfesten feiern die Arbeiter, alle Werktätigen und das Volk Albaniens ihre eigenen Erfolge. Enver Hoxha selbst sagte vor einigen Tagen mit Blick auf seinen Geburtstag bei einem Treffen mit Arbeitern, daß er noch lange leben und die Kraft haben möchte, wie bisher immer mit allen Kräften zum Ausbau dieser Erfolge beizutragen.

In diesem Sinne, Genosse Enver: Alles Gute!

## Brigade-Versammlung im Enver-Werk

(Auszüge)

In Tirana gibt es eine Fabrik, die den Namen Enver Hoxhas trägt. Wie geht es in einer sozialistischen Fabrik zu? — Eindrücke davon bekam vor vier Jahren auch der damalige „Roter-Morgen“-Redakteur Detlef Schneider, der sich sechs Wochen im Land des Sozialismus aufhielt und neben vielen anderen Werken, öffentlichen Einrichtungen, Landwirtschaftlichen Genossenschaften usw. auch das Enver-Werk in Tirana besuchte. Er nahm dabei an einer Betriebsversammlung teil. Unter anderem darüber berichtet er in seinem Buch „Im Land der roten Skipetaren“, das 1980 im Verlag Roter Morgen erschienen ist. Einen Auszug aus diesem Kapitel des Buches drucken wir im folgenden ab.

Seit 1979 hat sich wieder viel verändert im sozialistischen Albanien, sind weitere Fortschritte beim Aufbau des Sozialismus erzielt worden. Vielleicht sind die folgenden Zeilen ja Anstoß für RM-Leser, selbst einmal Urlaub in Albanien zu machen und selber zu sehen, wie es dort heute aussieht ...

(...) Vor der Anschlagtafel treffen wir den Chefingenieur des Betriebes. Er ist auf dem Weg in eine Abteilung, wo die Arbeiter ihre allwöchentliche Versammlung abhalten wollen. Und an diesem Sonabend haben sie verlangt, daß der Ingenieur zu ihnen kommt. Es

sind einige Schwierigkeiten aufgetaucht, die sie geklärt haben wollen. Ob ich Interesse habe, mitzukommen? Natürlich habe ich. Während wir zusammen über den Hof gehen, erfahre ich, daß in der Abteilung, die wir besuchen werden, hauptsächlich Werkzeuge wie Fräser



oder Drehstähle hergestellt werden. Und die Arbeiter sind unzufrieden mit den Zeichnungen, nach denen sie die Werkstücke fertigen müssen.

Als wir die Halle betreten, sind alle noch bei der Arbeit. Mir sticht als erstes eine Drehbank ins Auge, die unmittelbar neben der Tür steht, oder, genauer gesagt, ein großer roter Wimpel, der auf dem Motorkasten prangt. Vor der Maschine steht ein älterer Arbeiter, der gerade ein Werkstück einspannt. Ich frage ihn, was dieser Wimpel zu bedeuten hat. „Es gibt einen Wettbewerb“, ist die Antwort. „Er wird zwischen uns, das heißt den drei Drehern, die abwechselnd an dieser Maschine arbeiten, und den Kollegen der benachbarten Drehbank ausgetragen. Das Ziel dabei ist die möglichst gute Pflege der Maschinen sicherzustellen. Und wie liegen damit im Augenblick vorn. Deshalb haben wir den Wimpel bekommen.“

Inzwischen hat ein Arbeiter nach dem anderen seine Maschine ausgeschaltet. Die Arbeitsgeräusche werden immer schwächer, nur von draußen dringt in kurzen Abständen das metallische Stampfen der Presse

herein. Die Arbeiter kommen langsam in kleinen Gruppen in den vorderen Teil der Halle. Holzbänke werden aus den Ecken geholt und im Halbkreis aufgestellt. Etwa dreißig Kollegen sind es, die im Halbrund Platz nehmen. Der Chefingenieur wird freundlich begrüßt. Auch der Abteilungsleiter und der Technologe für den Werkzeugbau sind inzwischen gekommen. Die Stimmung ist gelöst, Scherzworte fliegen hin und her.

Man spürt gleich, daß es hier nicht die eilige Konfrontation gibt, wie sie bei uns auf Betriebsversammlungen aus gutem Grund kennzeichnend ist — hier sitzen sich nicht Menschen mit verschiedenen Klasseninteressen gegenüber, sondern Werktätige aus verschiedenen Bereichen, durch ein gemeinsames Ziel verbunden. Hier müssen die Arbeiter nicht darum kämpfen, „denen da oben“ das eine oder andere Zugeständnis abzurufen. Im Enver-Werk sind die Arbeiter selbst die Herren der Fabrik, und gemeinsam mit den

technischen Kadern gehen sie daran, alles zu beseitigen, was einer schwungvollen Entwicklung der Produktion im Wege steht.

Der Abteilungsleiter beginnt die Versammlung mit einem kurzen Überblick. Die Abteilung hat ihre Aufgaben im allgemeinen erfüllt. Es ist in der vergangenen Woche ein neues Werkzeug zum ersten Mal gefertigt worden, mit guter Qualität.

Aber der Genosse hält sich nicht lange bei den Erfolgen der Vorwoche auf. Er richtet die Aufmerksamkeit der Kollegen auf die vor der Abteilung liegenden Aufgaben. Da ist zum Beispiel ein Ersatzteil für den Tatra, einen in Albanien viel gefahrenen polnischen Lastwagen. Die Revisionisten in Warschau haben einen Lieferstopp verhängt. Jetzt gilt es, dieses Teil möglichst schnell selbst zu produzieren. Daneben müssen natürlich auch die wachsenden Bedürfnisse der anderen Abteilungen nach Werkzeugen erfüllt werden. Das ist ja die hauptsächliche Aufgabe dieser Abteilung.

Als erster der Arbeiter ergreift der Dreher Bashkim das Wort. Er kommt gleich zur

Sache. Kurz berichtet er über die Aufgaben, die er in der vergangenen Woche zu bewältigen hatte und geht dann auf die Schwierigkeiten ein, die dabei aufgetaucht sind. „Die Zeichnungen, die wir bekommen haben“, so sagt er, „sind fehlerhaft gewesen. Das Stück, das ich danach gefertigt habe, war Ausschuß. Und eine ganze Woche habe ich gebraucht, um die Fehler zu finden und ein neues einwandfreies Stück zu machen.“

So etwas darf nicht vorkommen, meint Bashkim. Die Genossen müssen sich mehr Mühe geben und sorgfältiger arbeiten. Deshalb hätten die Kollegen der Abteilung auch den Genossen Chefingenieur bei dieser Versammlung haben wollen. Man müßte sich gemeinsam überlegen, wie solche Pannen ausgemerzt werden könnten.

Aber nicht nur die Sache mit den fehlerhaften Zeichnungen wird bei dieser Versammlung diskutiert. Nach und nach steht ein Arbeiter nach dem anderen auf und spricht über das, was ihm in der Woche aufgetaucht ist. Ein Fräser berichtet darüber, daß er mit der Arbeit von zwei seiner Kollegen nicht zufrieden gewesen ist. Er hat unter der Woche schon mit ihnen darüber diskutiert und die beiden haben ihm recht gegeben, daß sie mehr auf qualitativ gute Arbeit achten müssen.

Auch der ältere Dreher, mit dem ich vor der Versammlung gesprochen habe, ergreift das Wort. Zuerst spricht er über die Pflege der Maschine, die ihm besonders am Herzen liegt. „Wem gehören denn diese Maschinen hier?“ Er macht eine Handbewegung, die die ganze Halle umfaßt. „Uns gehören sie, Genossen. Und uns sind sie auch anvertraut.“

Entsprechend sorgsam müssen wir auch mit ihnen umgehen. Ich kann mich noch daran erinnern, wie wir jede Drehbank im Ausland kaufen mußten. Jetzt stellen wir sie selbst her, wie auch die meisten anderen Maschinen hier. Aber das heißt ja nicht, daß wir nun Raubbau mit ihnen treiben könnten. Je sorgfältiger wir sie behandeln, desto länger halten sie, und es können andere für unser Land notwendige Dinge produziert werden.“

Der Kollege erwähnt, daß manche jüngere Arbeiter in dieser Hinsicht manchmal etwas oberflächlich sind. Er bietet gerade ihnen seine Hilfe an. „Ich als Alter habe natürlich einige Erfahrungen. Wenn ihr etwas nicht wißt oder die Arbeit nicht so recht klappt, kommt zu mir. Vielleicht kann ich euch dann helfen.“

Eine Reihe solcher Probleme werden noch angesprochen. Da geht es etwa darum, daß des öfteren kleinere Werkzeuge verlorengegangen sind. Der Arbeiter, der darüber spricht, erinnert daran, daß angesichts der Blockade, die von den imperialistischen und revisionistischen Staaten um das sozialistische Albanien gelegt wird, so etwas eine sträfliche Vergeudung ist. Und er hat sich auch gleich überlegt, wie das Problem zu lösen ist. Für die kleineren Werkzeuge, so haben er und einige Kollegen beschlossen, wollen wie einen besonderen Werkzeugschrank bauen.

Ein anderer Arbeiter steht auf. Er beginnt seine Ausführungen damit, daß er auf die Notwendigkeit der Kritik hinweist. „Wenn wir unsere Schwächen nicht kritisieren, Genossen, werden wir sie auch nicht überwinden können. Deshalb ist es gut, wenn hier die verschiedenen Probleme angesprochen werden. Der Plan ist in unserer

Brigade und von jedem einzelnen gut erfüllt worden. Aber wir dürfen uns damit nicht zufrieden geben.“

Auch dieser Kollege spricht über die Blockade, ruft allen ins Gedächtnis, daß das kleine Albanien ausschließlich auf die eigenen Kräfte gestützt das große Werk des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft vollbringen muß. Und er spricht auch über das Ergebnis, das mehr als alles andere in diesen Tagen die Menschen in Albanien bewegt: das große Erdbeben vom 15. April, das ganze Ortschaften im Norden des Landes zerstört hat.

sere Arbeit, die Qualität der Arbeit, die Steigerung der Produktion, das ist die konkrete Hilfe für die Brüder im Norden.“ Und in diesem Zusammenhang kritisiert er zwei Kollegen, die manchmal zu spät zur Arbeit gekommen sind.

In Albanien gibt es keine Stechuhren. Auch keinen Meister, der zu Schichtbeginn die Tür fest im Auge hat, um auch zu sehen, ob seine Leute auch pünktlich kommen. In Albanien, wo die Arbeiter für sich selbst und nicht dafür arbeiten, daß die Reichen immer reicher werden, in Albanien ist auch die Arbeitsdisziplin die Sache der

sich an diesem Sonntabend im Enver-Werk die Fräserin Eva zu Wort und erzählte über die Schule. Sie berichtete von jungen Müttern, die trotz der Belastung durch die Kinder mit großem Eifer regelmäßig am Unterricht teilnehmen würden. Und auf der anderen Seite gäbe es manchen jungen Burschen, der schon mal eine Unterrichtsstunde schwänzen würde. Auch der Bericht dieser Genossin wird mit großem Interesse aufgenommen und man merkt, daß er die Arbeiter hier direkt betrifft. Und tatsächlich — die Schülerinnen und Schüler, von denen hier die Rede ist, sind allesamt

einiger Spezialisten, sondern die Sache aller Werktätigen. Unser Land braucht geschulte, qualifizierte Arbeiter. Wir sind die Herren der Produktion, und wir müssen es auch verstehen, sie zu meistern und voranzutreiben.“ So ungefähr waren ihre Worte auf der Brigadeversammlung im Enver-Werk. Und sie appellierte an alle, diese Angelegenheit auch ernst zu nehmen.

So vielfältig die Probleme auch waren, die auf der Sitzung angesprochen wurden, zum Schluß kamen die Arbeiter doch noch einmal auf die Sache mit den Zeichnungen zurück. Es wurden andere Beispiele angeführt für Schwierigkeiten, die es damit gegeben hatte. Und wenn die Arbeiter von den Werkstücken sprachen, die sie gefertigt hatten oder die sie gerade bearbeiteten, dann hatte ich stets den Eindruck, als sprächen sie nicht von einem „toten metallenen Gegenstand“, sondern von einer lebendigen Sache. Denn sie stellten „ihr“ Werkstück in den Zusammenhang des pulsierenden Wirtschaftsgefüges des Landes. Sie verfolgten dieses Stück gleichsam bis an seinen Bestimmungsort und sahen es in Aktion beim Aufbau weiterer Industriewerke, bei der Schaffung neuer Reichtümer und der Vermehrung des Wohlstandes für die Menschen in Albanien. Da war etwa von Ersatzteilen für den Perlini die Rede, deren Produktion eine dringliche Sache wäre. Dringend deshalb, weil die Perlinis, große Baufahrzeuge italienischer Fabrikation, gegenwärtig eingesetzt sind, um unermüdlich den großen Staudamm bei Fierza zuzuschütten, wo das gewaltige Wasserkraftwerk „Licht der Partei“ kurz vor seiner Vollendung steht. Jeder Albaner kennt die Bedeutung dieses Werkes für die weitere Sicherung und Erweiterung der Energiebasis des Landes. Und die Dreher und Fräser im Enver-Werk sind sich bewußt, daß ihre Arbeit auch daran ihren Anteil hat.

Die Kollegen der Brigade haben ihre Meinung gesagt, ihre Ansichten und Kritiken vorgebracht. Jetzt ist die Reihe an den Kollegen Ingenieuren. Der Genosse Niko, der Technologe der Abteilung, faßt noch einmal die Kritik zusammen und gibt den Arbeitern darin recht. Er weist auf einige Schwierigkeiten hin, die durch die Fülle der Aufgaben in der letzten Zeit entstanden sind. Aber das will er selbst nicht als Entschuldigung für mangelhafte Arbeit gelten lassen.

Auch der Genosse Cheffingenieur meint das so. Es tut ihm leid, sagt er, daß die Arbeiter wegen der Fehler der Planungsabteilung solche Probleme gehabt haben. Er wird die Kollegen dieser Abteilung zusammenrufen und ihnen über die Kritik an ihrer Arbeit berichten. Sicher werden sie auch verstehen, daß sie mit noch mehr Sorgfalt an die Arbeit herangehen müssen. Und er wird ihnen auch vorschlagen, öfter hierher zu den Werkzeugmachern zu kommen, damit auftretende Schwierigkeiten sofort besprochen werden können.

Der Genosse Abteilungsleiter sagt noch ein paar abschließende Worte. Damit ist die Brigadeversammlung beendet. Einige Arbeiter stehen noch in kleinen Gruppen beisammen und diskutieren noch den einen oder anderen Punkt. Andere stellen die Holzbänke beiseite. Und als ich die Halle verlasse, ist der Raum schon wieder erfüllt vom Summen der Elektromotoren und vom gleichmäßigen Geräusch des Stahls, der sich in ein Werkstück frißt.



Im Verlag Roter Morgen erschien dieses Buch des „Roten-Morgen“-Redakteurs Detlef Schneider, dem auch der nebenstehende Auszug entnommen ist. Es kostet 12,80 DM.

Zum Geburtstag von Enver Hoxha veranstaltet der Verlag Roter Morgen auch eine Sonderverkaufsaktion vom 1. September — 30. November 1983:



Alle nachfolgend aufgeführten Bücher für nur 50 DM



Aus dem Aufgeführten Sortiment vier Bücher Ihrer Wahl für 20 DM

## E. Hoxhas Werke

1. Die Chruschtschowianer, 17,— DM, (Leineneinband);
2. Anglo-amerikanische Machenschaften, 19,80 DM, (Leineneinband);
3. Eurokommunismus, 9,80 DM, (Paperback);
4. Begegnungen mit Stalin, 8,80 DM, (Paperback);
5. Betrachtungen über China Bd. I, 14,— DM, (Paperback);
6. Betrachtungen über China Bd. II, 14,— DM, (Paperback);
7. Bericht an den VIII. Parteitag der PAA, 5,40 DM, (Paperback);
8. Imperialismus und Revolution, 9,80 DM, (Paperback);
9. Der Kampf der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Chruschtschow-Revisionismus, 12,— DM, (Ledereinband);
10. Ausgewählte Werke Bd. I, 23,80 DM, (Ledereinband);
11. Ausgewählte Werke Bd. II, 23,80 DM, (Ledereinband);
12. Die Titoisten, 16,— DM, (Ledereinband).

## „Die Volksmassen spielen die entscheidende Rolle in unserer sozialistischen Gesellschaft“

„Eine grundlegende Frage der kommunistischen Weltanschauung, der revolutionären Theorie und Praxis ist das richtige Verständnis der entscheidenden Rolle der Massen beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Unsere Partei hat keine einzige Abweichung von diesem Prinzip zugelassen; darin liegt eine der tiefen Ursachen dafür, daß der Sozialismus in Albanien auf richtigem Weg aufgebaut worden ist und erfolgreich entwickelt wird.“

Wie die Erfahrung unseres Landes bewiesen hat, stellt die aktive Teilnahme der Massen am Regieren des Landes, am ganzen gesellschaftlichen Leben eine unerläßliche und entscheidende Bedingung dafür dar, die Volksmacht zu bewahren und zu festigen, die sozialistische Revolution ununterbrochen voranzutreiben und eine starke und unbesiegbare Verteidigung des

Vaterlandes zu gewährleisten.

Die ständig im Wachstum begriffene entscheidende Rolle der Volksmassen in unserer sozialistischen Gesellschaft ist der tiefste Ausdruck und die grundlegende Entwicklungsrichtung der sozialistischen Demokratie. Von diesem Standpunkt aus ist die sozialistische Demokratie nicht nur eine im Kampf und in der Revolution erworbene historische Errungenschaft der Volksmassen, sondern zugleich eine Notwendigkeit, eine unverzichtbare Bedingung, ein inneres Entwicklungsgesetz der sozialistischen Gesellschaft, eine große Triebkraft, die sie vorantreibt.

Der Sozialismus hat unsere Menschen von jeder Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreit. Ein großer historischer Sieg ist die Befreiung des Bewußtseins der Werktätigen

von den geistigen Fesseln der Ausbeutergesellschaft, die Emanzipation der Frau, die zu einem dem Mann gleichgestellten Mitglied unseres gesellschaftlichen Lebens geworden ist. Unsere Menschen genießen umfangreiche demokratische Rechte und Freiheiten, wie das Recht auf Arbeit und Bildung, das Recht, in die staatlichen und gesellschaftlichen Funktionen zu wählen und gewählt zu werden, Redefreiheit, Pressefreiheit usw., die in unserem Land nicht nur gesetzlich verkündete Realität sind, sondern auch in der täglichen Praxis angewendet werden. Das ganze Leben unseres Landes, die Organisation und Leitung des Staates, der Wirtschaft, der Bildung und der Kultur, der Verteidigung ist so aufgebaut, daß die aktive Teilnahme der werktätigen Massen gewährleistet und gefördert wird.“

Arbeiterin spricht auf der Versammlung



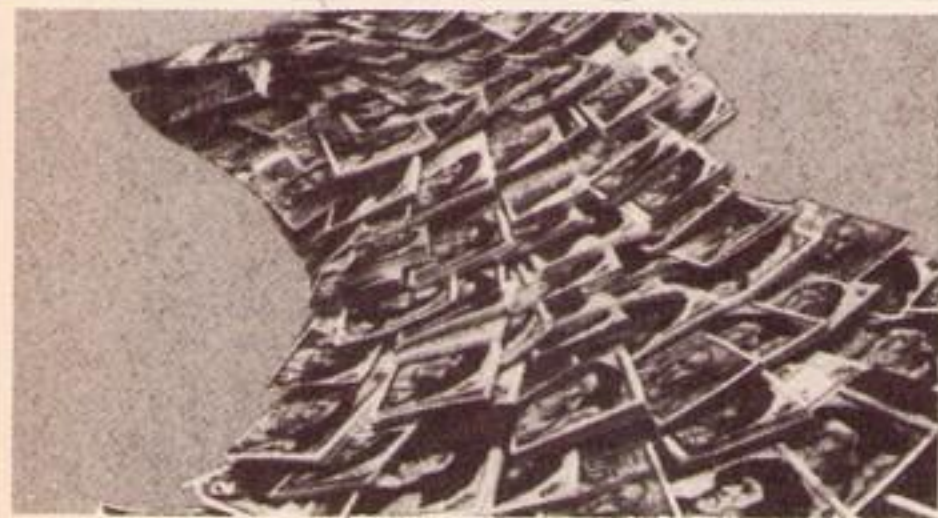
# Spendenkampagne 30000 DM für den RM

## Spenden für den Roten Morgen — Jetzt noch einfacher!

Mal ehrlich! Wieviele von Euch haben schon zimal diese Spalte gelesen und gedacht, nächste Woche schiebe ich dem Roten Morgen was rüber — und doch wieder vergessen. Dagegen haben wir jetzt ein geeignetes Mittel: Spenden im Lastschriftverfahren! Ihr braucht nur einmal den Ermächtigungszettel auszufüllen und schon könnt Ihr Eure Spenden vergessen — wir erledigen das für Euch.

Also: Wer regelmäßig etwas zur Unterstützung des Roten Morgen tun will, der füllt noch heute die Einzugsermächtigung aus.

Nebenbei: Mit Spenden aus Lastschriften können wir fest kalkulieren.



Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommensteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:  
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199)  
Kto.-Nr. 321004547  
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)  
Kto.-Nr. 6420-467

## Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die  
KPD  
Wellingofer Str. 103  
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch widerruflich monatlich eine Spende für den Roten Morgen in Höhe von ..... DM zu Lasten meines Girokontos Nr. ....

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts) .....

Bankleitzahl ..... durch Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

(Name, Vorname, genaue Anschrift) .....

Ort, Datum ..... Unterschrift .....

## Spendenliste

Der nächste Zehntausender ist voll!

In der letzten Woche gingen folgende Spenden bei uns ein:

|                    |           |
|--------------------|-----------|
| C. A., Westberlin  | 100,— DM  |
| Zelle Nippes, Köln | 30,— DM   |
| W. K., Essen       | 10,— DM   |
| LBV Weser-Ems      | 211,80 DM |
| KPD Reutlingen     | 700,— DM  |
| KPD Bochum         | 1000,— DM |

Insgesamt 2021,80 DM

Damit sind bisher 20574,75 DM an Spenden für den „Roten Morgen“ bei uns eingegangen.  
Wir danken allen Freunden und Genossen für ihre Spenden.

# Für den Friedenskampf — Informationen, Argumente, Material

Ernst Aust



Kommunisten  
und der Kampf  
um die  
Erhaltung des  
Friedens  
gestern  
und heute

**Für's Vaterland?**

14,80 DM



**Deutschland  
darf kein  
Schlachtfeld  
werden**

1,50 DM



**Deutschland darf kein  
Schlachtfeld werden**

**Friedensplan  
der KPD**

10 Stück = 1,— DM

LENIN  
ZUR NATIONALEN  
UND  
ZUR KOLONIALEN FRAGE

Drei Artikel

0,55 DM

LENIN ÜBER  
KRIEG UND FRIEDEN

Drei Artikel

0,85 DM



**BERLIN**

**Besatzungs-  
status  
damals —  
und auch  
heute noch?**

1,— DM



**Hitler  
und seine  
großkapitalistischen  
Hintermänner**

1,— DM



**Wir wollen  
(k)leben ...**

Kleber gegen die Kriegsvorbereitungen vom Verlag Roter Morgen:

- NATO bedroht dein Leben — Neutralität!
- Nachrüstung — TODsicher

Pro Stück jetzt nur noch 10 Pfennig!

Bestellen bei:  
Verlag Roter Morgen,  
Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691.



## Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:  
Abonnement(s) ...  
ab Nr. ....

Die Zahlung erfolgt:

- ☐ jährlich 60 DM  
☐ halbjährlich 30 DM

Name Vorname .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290  
(Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79 600-461

- ☐ Ich lege Post-/Bankscheck bei über DM .....

- ☐ Ich habe den Betrag von DM ..... an den Verlag überwiesen

- ☐ Ich bitte um Vorausrechnung

## Sozialismus ist mehr als Modelle zu übernehmen

real existieren müssen

- Arbeitermacht
- Streikrecht
- Demokratie und Frieden

ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30



Jede  
Woche  
neu!

## Eine schwierige Ausgangslage

Auf verschiedene Weise ergab sich nach dem Sieg über den Nationalsozialismus, nach der Zerschlagung des Hitler-Staates durch die Koalition der antifaschistischen Kräfte in Deutschland eine überaus komplizierte Lage.

Gerade in Hinblick auf die Schwierigkeiten bei der Entwicklung der DDR muß man die vorliegenden Tatsachen in der damaligen sowjetisch besetzten Zone festhalten.

Als erstes bleibt festzuhalten, daß die vom amerikanischen Imperialismus betriebene Spaltung Deutschlands eine sowjetisch besetzte Zone ergab, die wirtschaftlich eindeutig der rückständigere Teil gegenüber den drei westlich besetzten Zonen gewesen war.

So wird zwar von verschiedenen westdeutschen „Wissenschaftlern“ stets behauptet, die DDR habe früher, im Rahmen des Deutschen Reichs eine Industrieproduktion gehabt, die durchaus ihrem Größenanteil entsprochen habe. Das mag im allgemeinen gesehen eine gewisse Berechtigung haben, bei einer genaueren Betrachtung aber erweist es sich als Propagandafälschung, die die angebliche Überlegenheit der „freien Marktwirtschaft“ beweisen soll.

Tatsache ist, daß im Gebiet der späteren DDR im Jahre 1936 insgesamt 26 Prozent der Reichsindustrieproduktion erzeugt wurden. Aber bei der Koksherstellung beispielsweise betrug dieser Anteil lediglich 0,8 Prozent, bei der Roheisenerzeugung 1,3 Prozent, bei der Steinkohleförderung 2,3 Prozent, bei Walzwerkprodukten 6,6 Prozent und bei der Zementherstellung 14 Prozent. (1)

Dies läßt zunächst einmal zwei Schlußfolgerungen zu: Erstens war der Bereich der späteren DDR tatsächlich überwiegend agrarisch geprägt, zweitens fehlte vor allen Dingen eine einigermaßen entwickelte Schwerindustrie als Grundlage eines industriellen Aufbaus.

Eine weitere Tatsache ist, daß die DDR aufgrund der Weigerung in den Westzonen, bzw. später der Bundesregierung, die Reparationen an die UdSSR bezahlen mußte. Der UdSSR waren Entschädigungen von 10 Milliarden Dollar vom Nachfolgestaat des Deutschen Reiches zugesprochen worden — für die schwersten Schäden, die die Hitler-Truppen bei ihrem Überfall auf die UdSSR anrichteten wahrlich nicht viel. Bis Mitte 1950 hatte die DDR bereits Reparationsleistungen in der Höhe von 3,8 Milliarden Dollar erbracht. Zu diesem Zeitpunkt verzichtete die sowjetische Regierung auf die Hälfte der noch ausstehenden Entschädigungen und streckte den Zahlungszeitraum für den Rest bis zum Jahre 1965, im Jahr 1953 verzichtete sie völlig auf den Rest. (2)

Sicher kann niemand, der ehrlich herangeht, behaupten, die sowjetischen Reparationsforderungen seien in irgendeiner Weise ungerechtfertigt oder übertrieben gewesen. Der schließliche Verzicht auf mehr als die Hälfte der beschlossenen Summe zeigt, daß die Regierung der UdSSR damals durchaus bereit war, für den Aufbau der DDR viel zu tun. Aber natürlich bleibt es trotzdem eine Tatsache, daß die geleistete Entschädigung für die DDR ein verlangsamer Faktor ihres wirtschaftlichen Aufbaus darstellte. Die Verantwortung dafür liegt eindeutig bei den Westalliierten und der späteren Bundesregierung, die sich weigerten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

## Über einige Aspekte der Entwicklung der DDR in den vierziger und fünfziger Jahren (Teil 1)

# Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der DDR

Dieser Artikel erscheint als der erste einer längeren, losen Reihe von Artikeln, deren Ziel es ist, einige Aspekte des Prozesses herauszuarbeiten, der dazu führte, daß in ehemals sozialistischen Ländern heute ganz offensichtlich, bei allem, was auf dem Papier stehen mag, die Arbeiterklasse unterdrückt und ausgebeutet wird. Ein Prozeß, der sich in den verschiedenen betreffenden Ländern durchaus unterschiedlich entwickelt hat. Die DDR steht dabei deshalb am Anfang, weil sie nicht nur einerseits das größte Interesse ge-

Das waren ohne Zweifel entscheidende wirtschaftliche Faktoren, die die weitere Entwicklung in der DDR prägten, die Schwierigkeiten ergaben.

### Die Umwälzung

Aber es waren bei weitem nicht nur hemmende wirtschaftliche Faktoren, die Schwierigkeiten bei der Entwicklung der DDR schufen. Noch viel schwieriger war die politische Lage. Denn es war ja nun einfach nicht so, daß eine Begeisterung, wie sie doch meist nach dem Sturz eines so beispiellos blutigen Systems wie des Hitler-Faschismus herrscht, vorhanden gewesen wäre — aufgrund der Tatsache, daß das System ja von außen, im Krieg, zerschlagen worden war. Breite Teile der verschiedenen Klassen, einschließlich der Arbeiterklasse nahmen eine abwartende, passive Haltung ein. Dafür war die Kapitalistenklasse, die um den Verlust ihrer Macht fürchtete, um so aktiver. (Dazu werden wir noch kommen).

Die entscheidende Frage vor diesem Hintergrund war, ob es der SED gelingen würde, eine solche Politik zu machen, die die Mehrheit der Arbeiterklasse mitreißt, mobilisiert, die ihr deutlich macht, daß sie es ist, die jede Art von Vorteilen aus dieser Veränderung ziehen kann. Die nächstwichtigere Frage war, ob es gelingen würde und inwieweit, andere Schichten und Klassen für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zu gewinnen.

Die entscheidenden Maßnahmen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung waren direkt aus dem Potsdamer Abkommen der Siegermächte abgeleitet. Sie hießen wirtschaftliche Enteignung und politische sowie juristische Bestrafung der Nazi-Bonzen und Kriegsverbrecher.

Und wenn vorher gesagt wurde, daß es sich beim Staatsgebiet der späteren DDR um ein vorwiegend agrarisches Gebiet handelte, so muß man hinzufügen, daß es ein Gebiet war, das hauptsächlich durch Großgrundbesitz und das Junkertum geprägt war — Kräfte, die zu den entscheidenden Stützen des Hitler-Faschismus gehörten. Bereits im September 1945 wurde in Sachsen mit der demokratischen Bodenreform begonnen. Abgeschlossen wurde sie endgültig im Jahre 1951.

1945 wurden jene 7000 Gutsbesitzer enteignet, die über 100 Hektar Land besaßen. Ihnen wurden insgesamt 2,5 Millionen Hektar Land genommen. Die 0,6 Millionen Hektar, die Nazi-Führern gehörten oder staatlich gewesen waren wurden ebenfalls mit in die Bodenreform einbezogen, so daß ein Fonds von zusammen (mit einigen kleineren Posten) 3,3 Millionen Hektar geschaffen wurde. 2,1 Millionen Hektar davon wurden an 120000 Landarbeiter, 80000 Umsiedler, 110000 landarme Bauern, insgesamt

über 500000 Personen, verteilt, der Rest ging an Kreise, Gemeinden und Länder. (3)

Die Enteignungs- und Verteilungskampagnen waren ohne jeden Zweifel ein gewaltiges Ereignis. Nicht nur deswegen, weil damit die so verderbliche, stockreaktionäre Macht des Junkertums beseitigt wurde, weil ihr das wirtschaftliche Fundament genommen wurde. Sondern auch deshalb, weil diese „Auflehnung“ gegen das Junkertum die politische Landschaft auf den Dörfern der sowjetisch besetzten Zone veränderte. Denn dies war ein heftiger Kampf, da genügend Junker und ihre Leute

in der BRD hervorrufen, sondern auch, weil ganz im Gegensatz zu diesem Interesse auch hier die Kenntnisse relativ gering sind. Wir wollen dabei im ersten Artikel eine Zusammenfassung der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der DDR geben und uns in weiteren, folgenden mit solchen Problemen befassen, wie den verschiedenen Wirtschaftsreformen der Jahre 1954, 1963, 1968 und 1971, ihren praktischen Auswirkungen und ihrer grundsätzlichen Bedeutung.

weises Bild verschaffen.

Enteignet wurden unter anderem 38 Braunkohlegruben, deren Besitzer Friedrich Flick gewesen war, 59 Elektrobetriebe die zur Einflußsphäre der Siemens-Leute und der AEG gehörten, über ein Dutzend Werke, die zur Contingis gehörten, ganz abgesehen von solchen Betrieben wie die der IG Farben usw. usw.

Das Ergebnis des Volksentscheids war für die deutschen Kapitalisten in Ost und West eine schwere Niederlage. 77,6 Prozent der Wähler hatten für die Enteignung gestimmt, wobei die Statistiken leicht nachweisen

späteren DDR-Gebiets in der Weise ausgeprägt war, daß die große Mehrheit der Betriebe einst in den Händen der da schon im Westen befindlichen Großkapitalisten war.

Mit anderen Worten: Der Beschluß zur Enteignung der Kriegsverbrecher und Nazibonzen war gerade in diesem Gebiet, mehr als in allen anderen, dem Beschluß einer allgemeinen Enteignung des Großkapitals näher, als es sich beim reinen Lesen des Beschlußtextes vermuten läßt. (Mit Ausnahme vielleicht des Ruhrgebiets).

So waren im ersten Quartal des Jahres 1948 lediglich 8 Pro-



Demonstration in der BRD — während hier noch Jahrzehnte nach dem Sturz Hitlers seine Leute beschützt werden und lange Zeit seine Richter noch „Recht“ sprachen, wurden durch die antinazistische Justizreform in der damaligen SBZ 85 Prozent der Richter entlassen ...

nicht dabei blieben, zu drohen und zu erpressen, sondern auch vor blutigen Verbrechen nicht zurückscheuten. In diesem Prozeß wurden zahllose Landarbeiter und Bauern, die sich im Kampf gegen die Junker hervorgetan hatten zu Dorfbürgermeistern usw.

Ebenso grundlegend war der Beschluß über die Enteignung der Industriebetriebe der Hintermänner des Nazi-Systems, wie er ebenfalls im Potsdamer Abkommen niedergelegt war. Insgesamt gab es rund 7000 solcher Betriebe, von denen 4800 in Sachsen lagen. Sie waren durch die Befehle Nummer 124 und 126 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) beschlagnahmt worden.

Nach einer großen, von allen Seiten äußerst intensiv geführten politischen Kampagne fand am 30. Juni 1946 in Sachsen ein Volksentscheid über die Enteignung dieser Betriebe statt. Für die Enteignung stimmten fast 2,7 Millionen Menschen, dagegen fast 600000, rund 200000 Stimmzettel waren ungültig. (4)

Was dies im Konkreten bedeutete, davon sollen folgende kurze Angaben ein andeutungs-

lassen, daß (bis auf die Ausnahme Leipzigs) alle industriellen Zentren eine überdurchschnittliche Anzahl an Ja-Stimmen aufwiesen. Es war dies zudem ein Zeitraum, indem nicht nur die SED einen deutlichen Zuzug neuer Parteimitglieder hatte, sondern auch die Betriebsräte wahlen zu einem großen Sieg der SED wurden, die fast alle der 44000 Betriebsräte in ihren Reihen zählte.

Ohne Zweifel waren also die Enteignung und Entmachtung der Kriegsverbrecher eine Forderung, die auf breiten Widerhall vor allem in der Arbeiterklasse stieß, aber auch unter den ärmeren Bauern populär war. Und wenn es auch bei dem Kampf um den Volksentscheid über die Industriebetriebe nicht so hart zuzuging, wie bei der Enteignung der Junker, so war doch auch dies eine große politische Kampagne, in der die Klasseninteressen zunehmend offen aufeinander prallten.

Ein wichtiger Faktor bei diesen ganzen Maßnahmen und Auseinandersetzungen war auch der, daß die (wie bereits erwähnt relativ schwach herausgebildete) Industrialisierung des

zent aller Industriebetriebe in Volkseigentum übergegangen. Aber sie kamen für knapp mehr als 40 Prozent der gesamten Industrieproduktion auf. In den einzelnen zentralen Bereichen war dies noch viel eindeutiger. So umfaßten die Volksbetriebe im Bergbau 99 Prozent, im Maschinenbau 41 Prozent ... (5)

Zahlreiche weitere Maßnahmen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wurden getroffen, die sich ebenfalls durchaus mobilisierend auf breite Teile gerade auch der Arbeiterklasse auswirkten.

### Kulturrevolution

Anders kann man es nicht nennen, was sich im Zeitraum der Jahre 1945 bis 1948 entwickelte, und was man ja stets im Verhältnis zu den Gegebenheiten der 12jährigen faschistischen Nazi-Diktatur betrachten muß.

Als Grundlage dieser Veränderungen muß man vor allem zwei Gesetze betrachten, die mit großem Propagandaaufwand populär gemacht wurden, und die alte Forderungen aus der Arbeiterbewegung verwirklichten.

Da war zum einen das Gesetz über die Schaffung der demokratischen Einheitsschule, die

zum ersten Mal die alte Forderung nach gleichen Bildungschancen für alle verwirklichte, bzw. die Basis zu ihrer Verwirklichung schuf. Chancen für die Arbeiterkinder wie nie zuvor in Deutschland wurden damit geschaffen. Zehntausende von Arbeitern zogen erstmalig in Elternbeiräte ein. Auf dieser Grundlage wurde ein ganzes System von besonderen Schulen für erwachsene Arbeiter usw. geschaffen, das alleine in den ersten fünf Jahren 200000 bis 300000 Menschen durchliefen.

Da war zum zweiten das Gesetz über die Gleichstellung der Frau, das langsam und allmählich wirkend tatsächlich dazu führte, daß die Rolle der Frau eine andere, wesentlich größere und bessere als unter kapitalistischen oder gar faschistischen Bedingungen wurde.

Auch dieses Gesetz war eine Maßnahme, die nicht, wie viele andere, lediglich durch ein Dekret begangen wurde, sondern um seine Durchführung wurde ein politischer Kampf organisiert, der Zehntausende von Frauen, die früher abseits des politischen Lebens gestanden hatten, mobilisierte.

Ähnlich wichtig waren Gesetze und Kampagnen gegen Kriegspropaganda usw. usw.

### Antifaschistisch-demokratische Ordnung

Neben diesen verschiedenen geschaffenen Tatsachen, wie die Enteignung der Junker und nazistischen Großkapitalisten, die Beseitigung der Landarmut und die Verstaatlichung der Betriebe, die verschiedenen politischen Kampagnen zur antifaschistischen, antiimperialistischen Mobilisierung der Massen, das waren die Kernbestandteile dessen, was da antifaschistisch-demokratische Ordnung genannt wurde.

Vereinigt im Block der nationalen Parteien gegen die Spaltung Deutschlands, von denen unzweifelhaft die SED, als die vereinigte Partei der Arbeiterklasse, nicht nur die bei weitem größte (und auch bei allen Wahlen zwischen 47 und 57 Prozent abschließend) und erfolgreichste war, sondern auch die führende Kraft, so stand diese Gesellschaft ganz ohne Zweifel als ein Fortschritt nicht nur historischer Art gegenüber den Verhältnissen im restlichen, im westlichen Deutschland, sondern es waren auch Verhältnisse, in denen die Arbeiter durchaus besser leben konnten als die Arbeiter der westlich besetzten Zonen.

Das war die Ausgangslage gegen Ende des Jahres 1948, als die oben genannten Maßnahmen durchgeführt waren, geübt hatten. Und als abzusehen war, daß die Entwicklung, trotz allen Kampfes dagegen, zunächst einmal darauf hinauslaufen würde, daß Deutschland in zwei Staaten gespalten würde.

Dies waren die objektiven politischen und wirtschaftlichen Grundlagen dieser Ordnung, die in der Sowjetisch Besetzten Zone getreu den Buchstaben und dem Geist des Potsdamer Abkommens errichtet wurde.

Im zweiten Teil dieses ersten Artikels, den wir in einigen Wochen veröffentlicht werden, geht es um die Politik, die die SED dazu gemacht hat, um die Parteien des nationalen Blocks und den Übergang zu jener Phase als dann im Sommer 1952 der Aufbau des Sozialismus angekündigt wurde. Im dritten Teil wird es dann um die Bedeutung der Ereignisse des 17. Juni 1953 und die von der SED-Führung gezogenen Schlußfolgerungen gehen. (Die Anmerkungen werden am Ende des 3. Teils veröffentlicht).

Begonnen hat die Beratung der 146 Mitgliederstaaten zwar erst am 27. September, wichtige Entscheidungen sind aber schon vorher gefallen. Zwei Tage vor Eröffnung der IWF-Jahrestagung trafen sich nämlich die Finanzminister der fünf einflussreichsten Mitgliedsländer des IWF, die Finanzminister der USA, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens, Frankreichs und Japans. Ihr hauptsächliches Ziel — und dafür setzten sie Pflocke für die Beratung aller Mitgliedsstaaten — war es, die Länder mit den großen Zahlungsschwierigkeiten härter an die Kandare zu nehmen. Das wollen sie vor allem durch eine Verschärfung der jetzt schon umstrittenen, harten wirtschaftspolitischen Auflagen erreichen. Diese Auflagen an die Schuldnerländer können aber jetzt schon kaum erfüllt werden.

Im vergangenen Jahr wurden von der Hälfte der Länder, die IWF-Kredite mit solchen Auflagen erhielten, diese Auflagen nicht eingehalten — konnten nicht eingehalten werden. Die vorgesehene Verschärfung kann nur durchgesetzt werden, wenn der IWF noch mehr, noch direkter als bisher in die Innen- und Wirtschaftspolitik der Schuldnerländer eingreift. Und von diesem Ziel, so der Vorstandssprecher der auch in Washington anwesenden Deutschen Bank, dürfe es „keine Abweichungen“ geben.

Bei den eigentlichen Beratungen der Jahrestagung gab es zwar viele harte Worte von den Vertretern einiger unabhängiger Staaten und der indische Zentralbankgouverneur wetterte gegen das „Diktat“, der algerische Delegierte protestierte, im Namen von 17 afrikanischen Staaten lehnte Zimbabwes Finanzminister die aktuelle Politik des IWF ab. Aber

## Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank

# Weniger Geld mit mehr Auflagen

### Imperialistische Ausplünderung der Entwicklungsländer

In Washington tagten vom 27. bis zum 30. September der Internationale Währungsfonds und die Weltbank. Diese Organisationen, die im weitesten Sinne die Beziehungen zwischen den westlichen Banken, sowohl staatlichen als auch privaten mit den Entwicklungsländern bestimmt, sind in Schwierigkeiten. Viele Länder, die Kredite bekamen, sind am Rande der Zahlungsfähigkeit.

Das Ausbleiben größerer Summen, die die Banken, der IWF, die Weltbank erwarten, könnte aber zu einer großen internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise führen, zu einem neuen „schwarzen Freitag“, mit unübersehbaren Folgen; „undenkbare Gedanken“ wie es der geschäftsführende Direktor des IWF, de Larosiere, ausdrückte.

natürlich konnten sich die großen Fünf, zu ihnen muß eigentlich noch Saudi-Arabien hinzugezählt werden, durchsetzen.

In der Presse oft erwähnt und wirklich exemplarisch für die Situation innerhalb des IWF ist der Fall Brasilien. Brasilien ist der am höchsten verschuldete Staat, rund 90 Milliarden Dollar muß er zurückzahlen. Brasilien braucht schon neue Kredite, um überhaupt die Zinsen für diese enorme Summe zahlen zu können, die Tilgung, die Reduzierung der Schulden ist gar nicht abzusehen.

Im Sommer dieses Jahres weigerten sich ausländische Banken erstmals, schon zugesagte Darlehen an Brasilien auszusenden. Begründung: dort würden die Auflagen nicht erfüllt. Die Regierung von General Joao Figueiredo ist hilflos. Mit der großen Verschuldung wurden einerseits ungeheure Prestigeobjekte erstellt, ein Großteil ging in die Rüstung, verschlang die Armee. Investitionen, die den Industrienaufbau fördern sollten, haben dazu geführt, daß der Staat zwar Straßen, Häfen und Flugplätze, also Infrastrukturmaßnahmen in Angriff nahm, die Industrie aber hauptsächlich von ausländischen Investoren bestimmt wird, die fast sämtliche der in Brasilien erarbeiteten Gewinne ins westliche Ausland abführen können.

In dieser Situation geht die Regierung vor allem daran, bei den kleinen Leuten zu sparen, ihnen auch noch Geld aus der Tasche zu ziehen. Diese „rezeptive“ Politik die von den ausländischen Geldgebern verlangte „Sanierung“ der Wirtschaft hat allein in den letzten drei Jahren rund einer Million brasilianischer Arbeiter ihren Job gekostet. Zusätzlich führte eine

staatliche Verordnung dazu, daß Lohnerhöhungen nicht mehr so hoch sein dürfen, wie die Geldentwertung real ist. Das ist natürlich direkter Lohnabbau. Jetzt stehen in der Hauptstadt Brasilia Gesetzesentwürfe zur Debatte, die noch weiter die Kaufkraft herabsetzen sollen. Die ersten Folgen sind bekannt. Auch der „Rote Morgen“ berichtete im Sommer über die großen Arbeitslosendemonstrationen, über die Plünderungen von Supermärkten, über bürgerkriegsähnliche Zustände in der größten Arbeiterstadt des Landes, in Sao Paulo.

2,5 Milliarden Dollar ist der aktuelle Zahlungsrückstand des brasilianischen Staates. Nunmehr hat er sich verpflichtet, schnell die Bedingungen zu erfüllen, die das internationale Bankkapital ihm stellt. Und die gehen voll zu Lasten des Volkes.

Während die Teuerung im Jahre 1983 zunächst auf 70 Prozent, dann auf 90 Prozent geschätzt wurde, ist es mittlerweile sicher, daß sie bei 150 Prozent liegen wird. Trotzdem hat die Regierung dem IWF zugesichert, sie enorm zu senken, noch bis zum Jahresende. „Ein großer Schnitt bei den Investi-

tionen ist unvermeidlich, und zusätzliche Einsparungen müssen bei den Lohnausgaben vorgenommen werden“, heißt es unverblümt.

Mittlerweile aber muß der Gouverneur von Rio, Brizola die Bataillionsküchen der Armee anweisen, Suppe zu kochen und an die Armen zu verteilen — so groß ist die Not des Volkes. Und das Volk wehrt sich immer mehr. Im Ibaquara-Park von Sao Paulo, einem der schönsten Plätze der Stadt, haben Arbeitslose ein Camp aufgeschlagen. Sie wollen damit den dortigen Gouverneur Franco Montero an sein Versprechen erinnern, 70000 Arbeitsplätze zu schaffen. „Montero sagt jetzt, die Bundesregierung sei Schuld. Dann werden wir eben nach Brasilia fahren“, heißt es bei den Protestierenden.

Dieses Beispiel macht klar, mit welchen Problemen der IWF konfrontiert ist. Zum einen führt die imperialistische Hilfe in den Entwicklungsländern zu Massenverelendung, die Völker werden verstärkt ausgeplündert. Die verschuldeten Staaten ihrerseits müssen diesen Prozeß noch verschärfen, um die fälligen Zahlungen, Tilgungen und Zinsen leisten zu können.

Bei den Beratungen in Washington nun gab es auch die breite Forderung nach radikaler Zinssenkung und Moratorien, d. h. nach Stundung der Schulden verschiedener Staaten. Insgesamt hat sich aber unter der Federführung der fünf „Großen“ und Saudi-Arabien eher die alte Praxis durchgesetzt. Hat ein Land Zahlungsschwierigkeiten, so bekommt es neue Kredite, um die überfälligen Zinsen zu zahlen, der Schuldenberg türmt sich immer höher. Dies Verfahren ist mit immer stärkeren Auflagen, mit immer massiverem Einmischen in Wirtschafts- und Sozialpolitik der Schuldnerländer verbunden.

42 Länder müssen sich zur Zeit auf die drakonischen „Anpassungsprogramme“ des IWF einlassen, um die zugesagten Kredite auch wirklich zu bekommen. Nicht überall läuft das problemlos ab. So haben während der Washingtoner Verhandlungen die Gewerkschaften Boliviens ihren Präsidenten Zuazo vor einer Verwirklichung der vom IWF empfohlenen Programme gewarnt. „Zur Wiederherstellung des Vertrauens der Gläubigerländer in die Kreditwürdigkeit des Landes“ sollten in Bolivien zuallererst die

Preise für Grundnahrungsmittel kräftig erhöht werden, „um die Inflation zu bekämpfen“. Die Warnung der Gewerkschaften wurde schon durch erste Massenaktionen unterstützt. Die Reaktion darauf: In der bürgerlichen Presse tauchten erste Gerüchte über einen bevorstehenden Militärputsch in Bolivien auf.

Hauptmacht im IWF, auch bestimmend in der Gruppe der Fünf, sind die USA. Parallel zu der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds lief im Kongreß der Vereinigten Staaten eine Debatte, die, anders kann man es nicht ausdrücken, erpresserischen Charakter hatte. Die USA als „Geldgeber Nr. 1“ im IWF wollten nämlich ihre Mittel reduzieren, oder zumindest eine glatte Ablehnung jeglicher Kapitalaufstockungen und Überbrückungshilfen erreichen. Mit dieser Drohung erreichten sie, daß ihre politischen Ziele im IWF durchgesetzt werden konnten. Harte Linie bei Kreditvergabe und stärkere Kontrollmöglichkeiten in den Schuldnerländern. Und nicht nur das erreichten die USA.

Bei den Washingtoner Beratungen ging es auch um die Zukunft der Weltbank-Tochter IDA. Diese Unterorganisation der Weltbank hat die Aufgabe, Kredite für die ärmsten der armen Länder bereitzustellen. Diese Kreditvergabe erfolgt in der Regel zinsfrei. Die IDA wird aus Steuermitteln der „Geberländer“ finanziert, die USA sind mit 25 Prozent stärkster Teilnehmer an dieser Organisation. Für die IDA will Washington jetzt aber nur einen Gesamtbetrag von 9 Millionen Dollar zur Verfügung stellen, was ein Viertel weniger als bisher wäre. Für diese weniger profitable imperialistische Finanzierungsorganisation hat die Reagan-Administration nicht viel über. Zur gleichen Zeit wird aber die weitgehend unbekannte Weltbank-Tochter IFC (Internationale Finanz-Corporation) finanziell groß aufgerüstet. Im letzten Geschäftsjahr hatte die IFC von allen Organisationen der Weltbank mit einer Steigerungsrate von 36 Prozent das größte Wachstum. Das ist kein Zufall, das hat eine konkrete politische Erklärung. Die IFC nämlich ist eine Art Bank, die vor allem Konzernen und Banken in den Entwicklungsländern „zur Hand gehen soll“, wie es in Washington heißt. Mit

Fortsetzung auf Seite 11



Enorme Profite für das Kapital und Massenelend. Nicht nur in Brasilien sind das die Folgen der Politik des Internationalen Währungsfonds.

Vom 24. bis 25. September fand in Stuttgart ein Treffen der Palästina- und Libanon-Solidaritätskomitees aus der Bundesrepublik statt, an dem auch ein Vertreter der PLO als Gast teilnahm. Zum Abschluß ihrer Arbeit verabschiedeten die Vertreter der Komitees einstimmig die folgende gemeinsame Presseerklärung:

Auf Anweisung von Washington kämpfen nunmehr NATO-Verbände im Libanon und stürzen das Land in ein neues Blutbad, während der amerikanische Außenminister die dauernde Stationierung von US-Truppen verkündet. Die derzeitige US-Regierung läßt den Bankrott ihrer Nahost-„Friedens“-Politik der letzten Jahre in einen gefährlichen militärischen Amoklauf umschlagen. Nach den Malvinen, Salvador, Guatemala, Nicaragua und dem Tschad geht die Reagan-Regierung jetzt auch im Libanon, Zehntausende von Meilen von ihrem Territorium entfernt, zur direkten militärischen Intervention über und zieht dabei Schritt für Schritt die NATO in den Krieg mit den Völkern der Welt hinein.

Unmittelbar damit verbunden sind die Pläne der Reagan-Regierung, um jeden Preis auf dem Territorium der westeuropäischen Länder neue nukleare Enthauptungsraketen der Sowjetunion an den Hals zu setzen. Die internationale Kriegsgefahr wächst.

Am Vorabend der von der Reagan-Regierung abgesegneten israelischen Invasion vor bald einhalb Jahren hat der damalige amerikanische Außenminister Haig am 27. Mai 1982 erklärt, jetzt komme „die Stunde der Vereinigten Staaten im Nahen Osten“, jetzt komme „eine neue Ordnung im Libanon“ und für die Lösung des Palästina-Problems. Statt an einer politischen Lösung aller Beteiligten mitzuarbeiten, meinte die US-Regierung, mit einem israelisch geführten Gewaltschlag die Probleme in ihrem Sinne aus der Welt schaffen zu können. Das Ziel war die PLO und die libanesische nationale Bewegung zu liquidieren; der Expansionspolitik Israels

## „NATO-Intervention im Libanon — Gefahr einer globalen Konfrontation“

Luft zu verschaffen; jeden arabischen nationalen Widerstand gegen den US-israelischen-ägyptischen Separatfrieden und damit gegen eine militärische und ökonomische Vorherrschaft der USA im Nahen Osten zu brechen; nach den Basen im Sinai, in Oman, in Bahrain, Somalia und Kenia einen weiteren Stützpunkt für die US-Eingreiftruppe in Libanon zu schaffen.

Das Ergebnis inzwischen: Zehntausende von neuen Toten, Hunderttausende von Flüchtlingen, ein tatsächlicher und politischer Trümmerhaufen. Trotzdem hat dieses kleine Land, hat die Resistance der Libanesen und der PLO nicht aufgehört, sich gegen die totale Vergewaltigung ihrer Völker zu wehren. Israel sah sich gezwungen, nach einem Jahr des Terrors und der Massaker (Sabra und Shatila vor einem Jahr), die Besatzungsfront zu korrigieren und versucht nun, sich auf die de facto Annexion des Südlibanon zu konzentrieren.

Nun soll die NATO die Schmutzarbeit für die USA fortsetzen und bewegt sich gleichzeitig auf eine unmittelbare Konfrontation mit der Sowjetunion zu, die berechnete Sicherheitsinteressen in der Region hat. Auch die Bundesrepublik wird bereits heute in den Krieg hineingezogen: Über Bremerhaven, Frankfurt, Ramstein und andere US-Basen läuft der Nachschub für die sogenannten schnellen Eingreiftruppen der USA im Nahen Osten, mit Zustimmung der Bundesregierung. Diese Eingreiftruppen werden von der Reagan-Regierung bereits heute mit taktischen Nuklearwaffen ausgerüstet.

Vor allem bedroht die Stationierung der neuen US-Nuklearrake-

ten in Westeuropa unser Land mit der direkten Gefahr eines Atomkrieges, ausgelöst durch die weltweiten Abenteuer der USA. Nach den veröffentlichten eindeutigen Erklärungen und Planungen von führenden Mitgliedern der Reagan-Regierung (Weinberger, Gray) und von Reagan selbst, dient die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles hier vor allem dazu, den Vereinigten Staaten eine neue globale Überlegenheit („strategic superiority“) zu verschaffen, um dann auch die Völker der Welt und ihre Naturreichtümer weiter ungehindert ausplündern zu können. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf den Nahen Osten:

Falls die konventionellen Abenteuer der US-Regierung dort außer Kontrolle geraten, sollen sie in Zukunft durch den lokalen Einsatz taktischer Atomwaffen abgedeckt werden. Falls dies zu einer Konfrontation mit der Sowjetunion führt, soll die weitere nukleare Eskalation und Ausweitung folgen können, zunächst „begrenzt“ auf Europa.

In dieser für unser Land immer bedrohlicher werdenden Situation wird die Solidarität mit dem Widerstand des libanesischen und palästinensischen Volkes identisch mit dem Widerstand unseres Volkes gegen den immer offensichtlicheren Kriegskurs der derzeitigen US-Regierung.

• Wir fordern den sofortigen Rückzug aller US- und NATO-Verbände aus dem Nahen Osten. Keine Häfen und Nachschubbasen für die „schnellen Eingreiftruppen“!

• Wir fordern den bedingungslosen Rückzug Israels aus dem gesamten Libanon. Kein Kohl-Besuch in Israel!

• Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, zu einer gerechten politischen Lösung des Nahost-Konflikts beizutragen, und deshalb auch endlich die PLO als die legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen.

• keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles!  
(Nach: Palästina-Bulletin, Nr. 39/83)

Fortsetzung von Seite 10

anderen Worten, die großen Geldgeber setzen immer weniger auf staatliche Programme, sie mischen direkt bei Banken und Multis in aller Welt mit.

Der Trend in Washington, öffentliche „Entwicklungshilfe“ immer durch „private Hilfe“ zu ersetzen, läßt sich schon an den steigenden Bilanzsummen der IFC und den sinkenden der IDA festmachen. Eigentlich kein Wunder, bedenkt man, daß die beherrschende Mehrheit im Internationalen Währungsfond und in der Weltbank von den konservativen, reaktionären Regierungen in Washington, Bonn, London und Tokio gebildet wird. Wendepolitik — international.

Für die abhängigen Länder, die vielen Staaten, die sich im

finanziellen Würgegriff der westlichen imperialistischen Staaten befinden, sieht die Zukunft düster aus. Wenn sich auch auf der Washingtoner Konferenz wieder einmal viele Staaten gegen das Vorgehen der „Großen“ gewandt haben, so kann doch kaum eine Einheit gegen die als Entwicklungshilfe getarnte Ausplünderungspolitik entstehen. Chile und Nicaragua, Indien und der Tschad, Zaire und Bolivien, Grenada und die Philippinen — zu unterschiedlich sind die Bedingungen, die politischen Systeme, auch der Wille einiger Regimes, das Joch der imperialistischen Ausbeuter abzuschütteln.

Die Probleme der Völker in den vom Imperialismus abhängigen Ländern jedenfalls werden auf keiner Konferenz in Washington gelöst werden können.

Jagdbomber an den Irak

## Frankreich heizt den Golfkrieg an

Der Krieg zwischen Iran und Irak wird durch massive Waffenhilfe Frankreichs für den Irak zu einer Bedrohung für die ganze Golfregion. Fünf französische Jagdbomber vom Typ Super Etendard können das militärische Patt, das offensichtlich seit langem herrscht, beenden und die ganze Region in den Krieg hineinziehen.



Eskalation am Golf

Die fünf französischen Jagdbomber sind in der Lage, die Exocet-Raketen, die die irakische Armee schon besitzt, mit größerer Reichweite, schneller und genauer einzusetzen. Mit dieser so „verbesserten“ Waffe kann der Irak endlich eines seiner wichtigsten Kriegsziele angehen: den totalen Stopp der iranischen Erdölexporte durchsetzen. Jetzt kann der Irak sowohl den iranischen Erdölhafen auf der Insel Kharg angreifen, als auch gegen alle Tanker und begleitende Militärboote vorgehen.

Der Iran droht für diesen Fall damit, die Straße von Hormuz zu blockieren und damit sämtliche Erdölausfuhr der Golfländer unmöglich zu machen. Bisher haben vor allem die USA, die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien Druck auf die französische Regierung ausgeübt, um eine Eskalation zu vermeiden, die die gesamte Ölwirtschaft durcheinanderbringen könnte. Die Lieferung der Jagdbomber an den Irak hat jetzt aber eine neue angespannte Lage geschaffen.

Hintergrund der Lieferung Frankreichs sind die ökonomischen Interessen des Landes im

Irak. Frankreich hat enge finanzielle und kreditpolitische Verbindungen mit diesem Land. Frankreich verkaufte allein in den letzten drei Jahren Waffen für umgerechnet 3 Mrd. Dollar an den Irak. Das sind rund 40 Prozent des gesamten französischen Waffenexports. Der größte Teil dieser Waffengeschäfte läuft aber auf Kreditbasis, und die Lieferung der Jagdbomber ist für die Regierung Mitterand eindeutig ein Mittel, um über die Stärkung der Iraker die Zahlungsfähigkeit dieses Schuldners zu erhalten. Enorm verschuldet und in einen festgefahrenen Stellungskrieg verwickelt, wird der Irak nie seine Kredite zurückzahlen können. Das soll jetzt durch die Niederlage des Iran geändert werden.

Frankreichs Präsident Mitterand hat jedenfalls letzte Woche unmißverständlich erklärt, eines wolle er auf jeden Fall vermeiden, daß nämlich der Iran als Sieger aus dem Golfkrieg hervorgehe und der Irak zahlungsunfähig werde. Für handfeste wirtschaftliche Interessen der französischen Rüstungsindustrie heizt der „sozialistische“ Präsident den Golf-Krieg an.

Nicht-Angriffspakt: Contadora-Vorschlag unterzeichnet

## Bonn brüskiert Minister aus Nicaragua

Contras bilden Exilregierung

Während sämtliche mittelamerikanische Staaten nach einem Vorschlag der „Contadora“-Gruppe einen Nichtangriffspakt geschlossen haben, und die isolierten Contras, die Feinde der Revolutionsregierung von Managua eine Exilregierung bildeten, mußte sich der nicaraguanische Innenminister in Bonn Frechheiten des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler anhören.

Bei einem Empfang in Bonn kritisierte Geißler alles mögliche an der Regierung von Nicaragua, die Bedrohung durch die Konterrevolutionäre und die USA, die auf Eis gelegte Wirtschaftshilfe von 40 Millionen Mark wurde mit keinem Wort erwähnt.

Thomas Borge, der nicaraguanische Innenminister hatte im Laufe einer Rundreise durch sechs europäische Länder auch Bonn besucht. Hier wurde er von dem CDU-Generalsekretär bei einem Gespräch mit derlei pauschalen und unzutreffenden Vorwürfen bombardiert, daß sich die Botschaft Nicaraguas im Anschluß daran genötigt sah, eine Erklärung herauszugeben, die wir im folgenden leicht gekürzt wiedergeben. Darin heißt es unter anderem: „Während des Gesprächs äußerte Herr Geißler gegenüber Comandante Borge eine Reihe von Befürchtungen seiner Partei hinsichtlich der Entwicklung der nicaraguanischen Revolution. Die Delegation bedauerte zutiefst den Grad der offensichtlichen Desinformation Herrn Geißlers, der sich zum Sprachrohr unzutreffender Behauptungen machte, deren Un-

richtigkeit bei wiederholten Gelegenheiten seitens der Regierung des nationalen Wiederaufbaus der internationalen Öffentlichkeit dargestellt worden ist.

Gleichmaßen bedauerte die Delegation, daß einerseits besonders diese nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmenden Aspekte betont wurden, andererseits die gegenwärtige Zunahme konterrevolutionärer Aktivitäten, mit offener Unterstützung der Reagan Administration, völlig außer acht gelassen wurde.“ Zum Schluß der Erklärung heißt es dann: „Comandante Borge gab mit besonderer Ausführlichkeit und der erklärten Absicht, die Zweifel Herrn Geißlers auszusräumen, eine detaillierte Darstellung der nicaraguanischen Realität. Er bot an, Anstrengungen zu unternehmen, um den Informationsstand der CDU so zu ver-

bessern, daß sie in Zukunft über zutreffende Fakten zur augenblicklichen Aggression gegen Nicaragua verfügen könne.“

Soweit zu den Peinlichkeiten aus Bonn. Die Contras, die vor allem von den Nachbarländern Nicaraguas aus operieren, haben jetzt zusammen mit Eden Pastora, einem Verräter der Sache der Sandinisten, eine Gegen- oder Exilregierung gegründet. Diese, auch vom CIA unterstützte Aktion kann aber nicht über ihre relativ große Isolierung hinwegtäuschen.

So haben sich auch die mittelamerikanischen Länder, die beileibe keine Freunde der Revolution sind, einem Nichtangriffspakt angeschlossen, der auf Vorschlag der Contadora-Staaten (Mexiko, Kolumbien, Panama, Venezuela) zustande kam. Wir dokumentieren im folgenden die wichtigsten Punkte dieses Vertrages.

### Zur Information

1. Alle Entspannungsmaßnahmen sollen gefördert und die konfliktiven Aktionen in der Region eingestellt werden. Auch sollen jene Aktionen unterlassen werden, die das politische Vertrauen gefährden oder die Friedensziele, die Sicherheit und die Stabilität behindern.

2. Bei Nichteinhaltung dieser Prinzipien des internationalen Rechtes können Maßnahmen gegen die Verantwortlichen beschlossen werden.

7. Der Rüstungswettlauf in allen seinen Formen soll gebremst und Verhandlungen für eine Kontrolle und Abbau der vorhandenen Arsenale eingeleitet werden.

8. Die Einrichtung ausländischer Militärstützpunkte und jede Art von fremder militärischer Einmischung wird verboten.

9. Es sollen Abkommen zur Verringerung der ausländischen Militärberater und anderer fremder Kräfte abgeschlossen werden.

Zusammenarbeit mit dem UNO-Kommissariat für Flüchtlinge und anderen Organisationen Maßnahmen getroffen werden, die eine Rückkehr in ihre Heimatländer ermöglicht.

16. Programme für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sollen mit dem Ziel eingeleitet werden, daß ein besserer Lebensstandard und eine gerechtere Verteilung der Güter erreicht werden.

17. Die Mechanismen der wirtschaftlichen Inte-

## Das Mittelamerika-Abkommen nach dem Vorschlag der Contadora-Gruppe

3. Die politischen, bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen, religiösen und kulturellen Rechte sollen respektiert und garantiert werden.

4. Maßnahmen zur Einführung oder Verbesserung demokratischer und pluralistischer Systeme müssen eingeleitet werden. Es sollen der freie Zugang der verschiedenen Meinungsströmungen sowie eine effektive Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungen sowie freie Wahlprozesse garantiert werden.

5. In den Ländern, in denen es zu Spaltungen in der Gesellschaft gekommen ist, sollen Aktionen zur nationalen Versöhnung gefördert werden, die die allgemeine Beteiligung an den politischen Entwicklungen ermöglichen.

6. Es sollen die politischen Voraussetzungen geschaffen werden, die die internationale Sicherheit, die Integrität und Souveränität der Staaten der Region garantieren.

10. Es sollen interne Kontrollmechanismen geschaffen werden, die den Waffenhandel innerhalb der Region unterbinden.

11. Der Zufluß von Waffen an Personen, Organisationen oder Gruppen, die eine Destabilisierung der jeweiligen Regierungen anstreben, muß unterbunden werden.

12. Die Benutzung des eigenen Hoheitsgebiets darf nicht als Ausgangspunkt für Aktivitäten dieser Gruppen in anderen Ländern zugelassen werden.

13. Terroristische und subversive Aktivitäten sowie Sabotageakte dürfen weder gefördert noch unterstützt werden.

14. Es sollen Mechanismen geschaffen und Systeme koordiniert werden, die eine direkte Kommunikation gewährleisten, um gegebenenfalls zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen vorzubeugen.

15. Die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in der Region soll fortgesetzt werden. Ferner sollen in

gration sollen für den allgemeinen Nutzen erneuert und normalisiert werden.

18. Ausländische Finanzmittel sollen vermittelt werden, damit der innerregionale Handel wiederbelebt und die schwerwiegenden Probleme der Handelsbilanzen behoben werden können. Auch sollen diese Kapitalien die Durchführung mittel- und langfristiger Investitionsvorhaben ermöglichen.

19. Der Zugang zu den internationalen Märkten, besonders der Industrieländer, soll ausgeweitet und verbessert werden. Dafür sollen die Handelspraktiken erneuert, die Zollbarrieren und andere Hindernisse abgebaut sowie stabile und gerechte Preise für die Produkte der Region eingeführt werden.

20. Es sollen Mechanismen für die technische Zusammenarbeit bei der Planung und Durchführung von multisektoralen Investitionsprojekten und Handelsförderung erarbeitet werden.

### Meldungen

## Libyen fordert Reparationen

Der libysche Staatspräsident Oberst Ghaddafi hat von Italien mit Hinweis auf die libyschen Opfer während der faschistischen Mussolini-Periode und im Zweiten Weltkrieg Kriegsschadung gefordert.

Ghaddafi hat daran erinnert, daß auf libyscher Seite 750000 Menschen im Kampf gegen die faschistischen Besatzer aus Italien umgekommen seien. Eine Entschädigungssumme wurde noch nicht bekannt. Eine Reaktion der italienischen Regierung steht noch aus.

## Proteste in Pakistan

Der Massenprotest in Pakistan gegen die faschistische Diktatur des Generals Zia Ul-Haq nimmt immer breitere Formen an. In der Industriestadt Faisalabad haben am 8. Oktober 15000 Menschen demonstriert. Der Protest richtete sich gegen die Unterdrückung der „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie“, die an der Spitze des Kampfes gegen die Diktatur steht. Die Polizei ging mit Schlagstöcken auf die Demonstranten los und verhaftete sechs von ihnen.

Die Protestbewegung breitet sich jetzt auch in der reichen und bisher ruhigen Provinz Pundschar aus. Dort demonstrierten am vergangenen Donnerstag 2000 Rechtsanwälte in schwarzer Robe. Von hunderten Demonstranten begleitet, vor allem Arbeitern und Studenten zogen sie durch Lahore, die Provinzhauptstadt. „Zia — Verräter“ und „Rettet Pakistan“ waren die meistgerufenen Parolen. Im Gegensatz zu Demonstrationen in anderen Städten griff die Polizei hier nicht ein. Jetzt lassen sich allerdings täglich rund ein Dutzend Juristen freiwillig festnehmen. Mit dieser Maßnahme will die „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie“ auf die Unterdrückung durch das schon seit sechs Jahren geltende Kriegsrecht in Pakistan aufmerksam machen.

## USA für Marcos

Die Absage des Besuchs Ronald Reagans auf den Philippinen dürfe nicht als Kritik an der Regierung des Präsidenten Marcos gesehen werden, sagte jetzt der US-Vizepräsident George Bush. Bush erwähnte in seiner Stellungnahme die wichtigen strategischen Interessen der USA, die durch Militärbasen auf den Philippinen gesichert würden. Auch sei der Präsident nach der Ermordung des Oppositionsführers Aquino „etwas vorschnell“ angeklagt worden.

Die Rolle des Präsidenten Marcos bei der eiskalten Ermordung des Oppositionsführers sollte eine Untersuchungskommission klären. Selbst die von der Regierung eingesetzte Kommission hat jetzt aufgegeben. Sie sah sich nicht in der Lage, Licht in das Dunkel dieses Mordes zu bringen.

### HÖRT RADIO TIRANA

| UHRZEIT     | 1. Programm | WELLENLÄNGE     |
|-------------|-------------|-----------------|
| 13.00-13.30 | 9375 kHz    | 31 Meterband KW |
|             | 7310        | 41 Meterband KW |
| 14.30-15.00 | 9375        | 31 Meterband KW |
|             | 7310        | 41 Meterband KW |
| 16.00-16.30 | 9375        | 31 Meterband KW |
|             | 7310        | 41 Meterband KW |
| 18.00-18.30 | 9375        | 31 Meterband KW |
|             | 7310        | 41 Meterband KW |
| 19.00-19.30 | 7310        | 41 Meterband KW |
|             | 9375        | 31 Meterband KW |
|             | 1395        | 215m MW         |
|             | 2. Programm |                 |
| 21.30-22.00 | 7310        | 41 Meterband KW |
|             | 5985        | 49 Meterband KW |
|             | 1458        | 206m MW         |
| 23.00-23.30 | 7310        | 41 Meterband KW |
|             | 5985        | 49 Meterband KW |
|             | 1458        | 206m MW         |
| 6.00-6.30   | 7310        | 41 Meterband KW |
|             | 9375        | 31 Meterband KW |
|             | 1395        | 215m MW         |



**Man muß immerfort aufpassen und handeln. Wer bloß zusieht, wartet vergebens, daß Frieden wird: es wird nur Krieg. Der Krieg kommt schon, wenn man einfach nichts gegen ihn tut.**  
(Heinrich Mann, 1933)

Die Bilder auf dieser Seite für den Frieden stammen aus einem Programmheft des Bochumer Schauspielhauses. Zu den Texten der alten „Kriegsfibel“ von Bertolt Brecht sind neuere, aktuelle Bilder montiert. Ein — trauriger — Beweis für die Aktualität der Brecht-Texte.

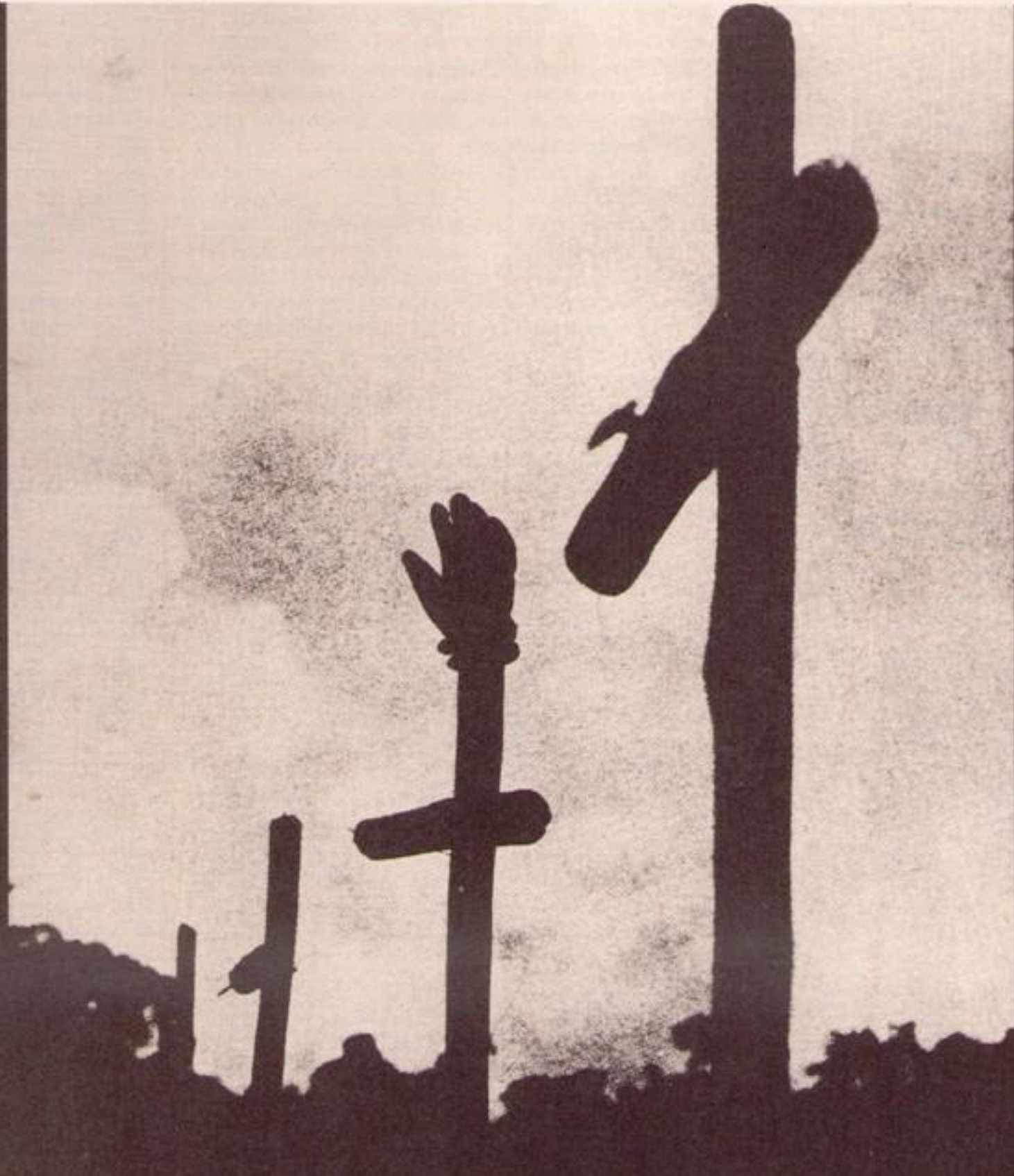
Wie einer, der ihn schon im Schlafe ritt  
Weiß ich den Weg, vom Schicksal auserkürt  
Den schmalen Weg, der in den Abgrund führt:  
Ich finde ihn im Schlafe. Kommt ihr mit?



„Was macht ihr, Brüder?“ — „Einen Eisen-  
wagen.“  
„Und was aus diesen Platten dacht daneben?“  
„Geschosse, die durch Eisenwände schlagen.“  
„Und warum all das, Brüder?“ — „Um zu leben.“



So haben wir ihn an die Wand gestellt:  
Mensch unsresgleichen, einer Mutter Sohn  
Ihn umzubringen. Und damit die Welt  
Es wisse, machten wir ein Bild davon.



Wir hörten auf der Schulbank, daß dort oben  
Ein Rächer allen Unrechts wohnt, und trafen  
Den Tod, als wir zum Töten uns erhoben.  
Die uns hinaufgeschickt müßt ihr bestrafen.

Bedenkt, daß wir in einer finsternen Zeit zusammenkommen, wo das Verhalten der Menschen zu einander besonders abscheulich ist und über die tödliche Wirksamkeit gewisser Menschengruppen ein fast undurchdringliches Dunkel gelegt ist, so daß es vielen Nachdenkens und vieler Veranstaltungen bedarf, wenn das Verhalten gesellschaftlicher Art ins helle Licht gezogen werden soll. Die ungeheure Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen, die kriegsrischen Schlächtereien und friedlichen Entwürdigungen aller Art über den ganzen Planeten hin haben schon beinahe etwas Natürliches bekommen. Die Ausbeutung etwa, die mit Menschen getrieben wird, scheint vielen so natürlich wie die, der wir die Natur unterwerfen, Menschen werden da wie Äcker betrachtet oder wie Rinder. Die großen Kriege scheinen unzähligen wie Erdbeben, als ob gar keine Menschen dahintersteckten, sondern nur Naturgewalten, denen gegenüber das Menschengeschlecht ohnmächtig ist. Das natürlichste von allem vielleicht scheint uns die Art, wie wir unsern Lebensunterhalt erwerben, wie der dem ein Stück Steife, der dem einen Laib Brot, der dem seine Muskelkraft verkauft. Da, glauben wir, werden nur Dinge ausgetauscht, in freier Weise, aber jede genauere Untersuchung ergibt genau wie die schreckliche Erfahrung des Alltags, daß dieser Austausch nicht nur unter Menschen vor sich geht, sondern von gewissen Menschen beherrscht wird. Je mehr wir durch die Organisation der Arbeit und große Erfindungen und Entdeckungen der Natur abzwangen, desto mehr scheinen wir in Unsicherheit der Existenz geraten zu sein. Nicht wir beherrschen, scheint es, die Dinge, sondern die Dinge beherrschen uns. Das kommt aber nur daher, weil die einen Menschen vermittels der Dinge von den andern Menschen beherrscht werden. Wir werden erst von den Naturgewalten befreit sein, wenn wir von menschlicher Gewalt befreit sind. Unserer Kenntnis der Natur müssen wir die Kenntnis der menschlichen Gesellschaft hinzufügen, des Verhaltens der Menschen untereinander, wie wir unsere Kenntnis der Natur menschlich ausnützen wollen.

Bertolt Brecht (1898-1956)



Zu Gast beim Faschisten: Strauß und Chiles Diktator Pinochet

O Schwanensang! „Nie sollst du mich befragen!“  
O Pilgerchor! O Feuerzaubertrick!  
O Lied vom Rheingold auf den leeren Magen!  
Ich nenn sie Bayreuther Republik.



Ihr in den Tanks und Bombern, große Krieger!  
Die ihr in Algier schwitzt, in Lappland friert  
Aus hundert Schlachten kommend als die Sieger:  
Wir sind's, die ihr besiegt habt. Triumphiert!



Das da hätte einmal fast die Welt regiert.  
Die Völker wurden seiner Herr. Jedoch  
Ich wollte, daß ihr nicht schon triumphiert:  
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: (0231) 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

### Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRAKKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318. 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4663966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.